Nummer 5 | Stuttgart, 2. Februar 1907 | 25. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötestraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 3892.

Inserate für Stellenvermittlung
Preis der sechsgespaltenen Kolonelzeile 1 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von 349000 EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Wirtschaftspolitische Betrachtungen.

Die Berliner Handelskammer hat kürzlich mit anerkennenswerter Promptheit den ersten Teil ihres Jahresberichtes für 1906 veröffentlicht und darin unter anderem sich auch über die Metall- und Maschinenindustrie verbreitet. Es wird da zunächst die steigende Preisbewegung auf dem Eisenmarkt konstatiert, die im letzten Quartal 1905 eingesetzt hatte und das ganze Jahr hindurch anhielt. Infolge des guten Absatzes und der außerordentlich lebhaften Nachfrage stand das Geschäft im Zeichen der Hochkonjunktur. Allgemein wurde über den Mangel an Rohmaterial geklagt, übernommene Lieferungen wurden nur mit langen Fristen ausgeführt. Auch für Walzwerkprodukte entwickelte sich der Preis in günstiger Weise, die Preise aller in Betracht kommenden Produkte zogen erheblich an. Im Berliner Handel stellten sich seit Ende Februar bis zum Jahresschluß die Grundpreise beim Verkauf vom Lager für

Stabeisen	Grobbleche	Feinbleche
	Mark pro Tonne	
175	185	190
gegen 117,50 bis 120	130 bis 135	135 bis 140

im Jahre 1905. Das ist eine kolossale Preissteigerung für diese drei Sorten von 50 bis 58 Mk. Für Bauträger hatte in den ersten zehn Monaten des Jahres 1905 der Grundpreis des Stahlwerkverbandes pro Tonne Frachtbasis Diedenhofen 105 Mk. betragen. Er wurde dann Ende 1905 auf 110 Mk. erhöht und stieg im Berichtsjahr wiederum, und zwar auf 125 Mk. Da die Bautätigkeit im ganzen Reiche eine durchschnittlich sehr lebhafte war, gestaltete sich auch der Absatz an Bauträgern recht günstig, die vergrößerte Produktion konnte leicht untergebracht werden.

Der Export an Walzwerkprodukten aller Art hielt sich ungefähr auf der Höhe des Vorjahrs, er wurde von den Werken wegen der glänzenden Lage des inländischen Marktes nicht besonders gepflegt.

Kupfer fand infolge der sehr lebhaften Beschäftigung der verarbeitenden Industrie in der ganzen Weltwirtschaft, besonders aber in den Vereinigten Staaten von Amerika, so starken Absatz, daß die Produktion hinter der Nachfrage zurückblieb. Die Durchschnittspreise für Kupfer in London pro Tonne stiegen von 1582,50 Mk. im Januar 1906 auf 2005 Mk. im Dezember 1906. Im Jahre 1905 hatte der niedrigste Kupferpreis 1280 Mk. und der höchste 1615 Mk. betragen. Der Berliner Markt machte die Preisbewegung Londons in ihrem ganzen Umfang mit.

Zinn kam im Berichtsjahr kaum in größeren Mengen als während des Jahres 1905 auf den Markt. Der Preis pro Tonne betrug im Januar in London 3352,50 Mk., Ende 1906 4000 Mk. gegen 2750,50 beziehungsweise 3320 Mk. im Jahre 1905. Auch in diesem Artikel hat sich der Berliner Markt den Londoner Notierungen nahe angeschlossen, teilweise wurden noch etwas höhere Preise erzielt, soweit es sich um prompte Ware handelte, die nicht immer reichlich zur Verfügung stand.

Zink hatte im Jahre 1905 mit 730,56 Mk. pro Tonne geschlossen, es notierte am 1. Januar 1906 580 Mk., schwankte dann im Preise während des Jahres und notierte zum Schlusse desselben mit 560 Mk. Die Berliner Preise überholten die Londoner Kurse zeitweise um ein beträchtliches; bei starker Nachfrage machte sich namentlich gegen Jahresende, infolge verspätet eintreffender Wassertransporte, ein erheblicher Mangel an verfügbarer Ware bemerkbar. Der Absatz in Zinkblechen ist erheblich gestiegen. Die Preise lehnten sich an die Rohzinknotierungen an und schwankten zwischen 62 und 70 Mk. pro 100 Kilogramm.

Blei hatte im Jahre 1905 mit dem sehr hohen Preise von 357,50 Mk. pro Tonne geschlossen, Ende 1906 betrug er 385 Mk. Auf dem Berliner Markte kam zur Versorgung des Konsums hauptsächlich sächsisches, Harzer und Tarnowitzer Blei zum Absatz. Die Bleirohrpreise wurden durch eine Vereinigung von Händlern und Fabrikanten auf einer der Marktlage entsprechenden Höhe gehalten.

Weißbleche wurden mit Rücksicht auf die gestiegenen Rohmetallpreise 3 bis 4 Mk. pro Kiste teurer; obgleich große Ordres nach England gingen, waren doch die deutschen Weißblechwerke nicht imstande, den Bedarf regelmäßig zu decken und forderten Lieferzeit bis zu acht Monaten, die der Verbraucher nicht bewilligen konnte.

Was den Edelmetallmarkt betrifft, so ist Silber im Laufe des Jahres um etwa 10 Prozent gestiegen. Am 2. Januar notierte es in Hamburg pro Kilo 88,65 Mk., am 1. November dagegen 96,50 Mk. Eine gewaltige Preissteigerung hat Platin erfahren. Während das Kilo anfangs des Berichtsjahres etwa 2500 Mk. kostete, bedingte es bei Jahresschluß etwa 5000 Mk., dabei ist es häufig schwer, Platin überhaupt zu erhalten.

Es sind also alle Metalle ganz riesig im Preise gestiegen und man hat nicht gehört, daß die Unternehmer sie nicht bezahlt, daß sie dagegen einen Kampf geführt hätten. Wenn aber die Arbeiter höhere Löhne verlangen, dann erscheint bekanntlich die Konkurrenzfähigkeit der Industrie bedroht und der Ruin steht vor der Türe, obwohl tatsächlich an Lohnerhöhungen und hohen Löhnen noch nie ein Betrieb zugrunde gegangen ist.

Über die Beschäftigung der Maschinen- und elektrotechnischen Industrie wird berichtet, daß sie das ganze Jahr hindurch eine starke war. „Die Nachfrage gestaltete sich so lebhaft, daß es der Produktion nicht möglich war, mit ihr Schritt zu halten. Vergrößerungen der Betriebe wurden zwar vorgenommen, doch legte man sich gerade auch in diesen Branchen Zurückhaltung auf. Der Gewinn wurde auch hier dadurch beeinträchtigt, daß man die gesteigerten Selbstkosten in den Preisen der fertigen Erzeugnisse nicht voll wieder einbringen konnte. Wir haben zuvor die Entwicklung der Preise für die in Betracht kommenden Metalle: Eisen, Zink, Zinn, Kupfer betrachtet; ähnlich gestaltete sich der Markt der Halbfabrikate. So bedangen zum Beispiel:

		im November 1905	im November 1906
Stabeisen	per 100 kg	12,25 Mk.	17 Mk.
Eisenblech	„ 100 „	13,75 „	19 „
Kupferrohr	„ 100 „	216,— „	273 „
Kupferblech	„ 100 „	189,— „	240 „

Dabei ist wohl zu beachten, daß die Preise schon im vorigen Jahre recht hoch waren. Die in der Marktlage begründete Haussebewegung der Materialienpreise wurde noch verstärkt durch die auf allen hier in Betracht kommenden Gebieten bestehenden Syndikate und Kartelle, die an Zahl und innerer Festigkeit im Berichtsjahr wiederum eine Fortentwicklung erfahren haben. Namentlich das Roheisensyndikat wurde durch den Eintritt des früher außenstehenden Eisenwerkes Kraft gestärkt.

Abgesehen von der Preislage wirkte namentlich im Herbste ein Mangel an Rohmaterial störend; besonders machte sich die Kohlenknappheit fühlbar. Der Nutzen wurde ferner durch eine nahezu allgemeine Erhöhung der Arbeitslöhne eingeschränkt, neben der vielfach eine Verminderung der Arbeitszeit herlief.

Weniger lebhaft als das Inlandsgeschäft gestaltete sich der Export, der unter den erhöhten Auslandszöllen zu leiden hatte. Viele Fabrikate der Elektrotechnik, zum Beispiel Glühlampen, Apparate, und des Maschinenbaues, wie landwirtschaftliche und Textilmaschinen, wurden von dem Ausfall betroffen."

Die unheilvollen Wirkungen der maßlos hohen Schutzzölle des Auslandes, mit denen es die zum großen Teile noch höheren Zölle Deutschlands beantwortete, machen sich also für die deutsche Industrie bereits bemerkbar. An anderer Stelle des Berichtes wird auch die Verlegung deutscher Unternehmungen ins Ausland erörtert, über die die Regierung bereits eine Umfrage veranstaltet hat, sehr verfrüht, wie zutreffend der Bericht bemerkt. Diese Wirkung der neuen Handelsverträge kann erst nach Jahren und wachsenden Konjunkturen konstatiert werden. Außerdem vollzieht sich aber die Auswanderung der Industrie unter dem Zwange ungünstiger Zollverhältnisse durchaus nicht nur in der am meisten auffälligen Form der Verlegung deutscher Betriebe oder Betriebsteile ins Ausland oder der Neuerrichtung von Filialen daselbst. Sie kann vielmehr auch so vor sich gehen, daß bereits bestehende Auslandsfilialen deutscher Fabriken auf Grund des Zollschutzes erweitert werden, oder daß ausländische, bisher konkurrierende Unternehmungen nunmehr von den bisher exportierenden deutschen Fabriken durch Kapitalbeteiligung, Überlassung von Fabrikationsmethoden, eingelernten Werkmeistern und Arbeitern u. s. w. unterstützt werden. Auch ohne Mitwirkung deutscher Geschäftsfreunde werden ausländische Unternehmer derartige wertvolle Arbeitskräfte aus Deutschland an sich zu ziehen suchen, wenn ein durch die Schutzzölle erhöhter Gewinn die Ausgaben dafür rentabel macht. Diese Wirkungen der Schutzzollpolitik wird man niemals vollständig und in ihrem sichtbaren Teile auch erst nach Jahren erfassen können. Übrigens fehlt es schon heute trotz der günstigen Konjunktur nicht an begründeten Klagen aus einzelnen Branchen darüber, daß der Export unter den neuen Zöllen gänzlich oder nahezu unrentabel geworden sei. Der „Segen" der wahnsinnigen neuen Hochschutzzollpolitik macht sich also bereits fühlbar. Sehr skeptisch stehen wir dagegen der Klage gegenüber, daß durch eine „allgemeine Erhöhung der Arbeitslöhne" der Profit der Unternehmer eingeschränkt worden sei. Die Abschlüsse der Aktiengesellschaften mit ihren reichen Gewinnen, fetten Dividenden und Tantiemen beweisen das Gegenteil.

In dem Abschnitt über „Arbeitgeber und Arbeiter" wird über Arbeitermangel geklagt und als eine der Ursachen desselben die von den Arbeiterorganisationen herbeigeführte Arbeitszeitreduktion angeführt. In den Betrieben der Maschinenindustrie in Berlin und in verwandten Gewerben beträgt sie nach dem Beispiel der staatlichen und städtischen Betriebe jetzt durchweg täglich 9 gegen 9½ und 10 Stunden noch vor kurzer Zeit. Die Leistung von Überstunden begegne einem zähen Widerstand der Arbeiter, selbst bei Angebot hohen Mehrlohnes. „Darüber, ob die Verkürzung der Arbeitszeit ausgeglichen wurde durch Mehrleistungen der frischeren Arbeitskräfte, sind die Meinungen verschieden. Von einem großen Etablissement unseres Maschinenbaues wird zum Beispiel die Frage bejaht, ebenso auch von dem Leiter einer großen schlesischen Leinenweberei, die kürzlich die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden herabgesetzt hat. Mehr aber hört man die gegenteilige Behauptung, daß die Arbeiter sich mit dem bisherigen Tagesverdienst zufrieden geben, den sie bei der Verkürzung der Arbeitszeit sich durch gleichzeitige Erhöhung des Stunden- oder Akkordlohnes zu erhalten gewußt haben, und daß sie durchaus nicht das Streben bezeigen, bei Akkordarbeit nun in der nämlichen Zeit mehr zu verdienen oder Überstunden zu leisten. Dies möge zum Teil individuellen Neigungen entspringen, zumeist aber sei es dem Einfluß der Arbeiterorganisationen zuzuschreiben, welche unter Hinweis auf die Möglichkeit einer Herabdrückung der Akkordlöhne die Arbeiter veranlassen, ihre bisherigen Arbeitsleistungen nicht zu überschreiten. Auch soll auf diese Weise und durch die Verweigerung von Überstunden Bedarf für möglichst viele Arbeiter geschaffen werden." Dazu möchten wir bemerken, daß nach reichen und exakten Untersuchungen und Feststellungen durch Unternehmer selbst die Überstundenarbeit als unzweckmäßig und unrentabel erwiesen worden ist und auch darum die Arbeiter ganz recht haben, wenn sie Überstunden verweigern und sich nicht durch solche die errungene kürzere Arbeitszeit illusorisch machen lassen.

Über die eingetretenen Lohnerhöhungen wird gesagt, daß sie 5, 10, 15 und 20 Prozent betragen und sich meist in der Stille vollzogen haben. Die Arbeiter verlangten sie und die Unternehmer bewilligten sie unter Berücksichtigung der Teuerung der Lebensbedürfnisse der Arbeiter und wegen des Arbeitermangels und des Drängens der übernommenen Lieferungsverpflichtungen. Ganz so glatt haben sich bekanntlich in sehr vielen Fällen die Lohnerhöhungen nicht vollzogen.

Bemerkenswert ist die Ablehnung der Streikklausel, die von der Zentralstelle der deutschen Arbeitgeber-Verbände ganz allgemein vorgeschlagen worden war, weil „eine völlige Entbindung von allen Verpflichtungen durch einen Streik doch nicht wohl in Anspruch genommen werden kann".

Über die Tarifverträge fällt die Berliner Handelskammer noch kein abschließendes Urteil, aber immerhin gibt sie zu, daß im Berichtsjahr zu der Dämpfung der Ausstandsbewegung in Berlin die bestehenden Tarifverträge „jedenfalls ihr gut Teil beigetragen haben". Mit dieser Wirkung sollte doch die Handelskammer sehr zufrieden sein.

Sehr bemerkenswert ist die Feststellung, daß die Konkurrenz Italiens, namentlich in der Bekleidungsindustrie, die früher in Südamerika sehr merklich war, in neuerer Zeit minder schwer empfunden wurde, „weil durch Erhöhung der Löhne, Verkürzungen der Arbeitszeit und Ausstände der Arbeiterschaft die italienische Industrie von ihrem früheren Vorsprung manches eingebüßt hat und ihre Preisforderungen auch erhöhen mußte". Diese Feststellung ist sehr interessant, bedeutet sie doch im letzten Grunde nichts anderes als die Anerkennung der guten Wirkungen der Arbeiterbewegung. Aber die Kämpfe selbst und nicht minder die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter werden bekanntlich von den Kapitalisten gehaßt und bekämpft, wenn möglich auch vernichtet. Erfreulicherweise gelingt das je länger je weniger mehr, die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung marschiert in allen Ländern unaufhaltsam vorwärts.

Ernst Abbe als Sozialpolitiker.

I.

Es sind jetzt etwas über zwei Jahre, daß der Gründer und langjährige Leiter der Karl Zeißstiftung in Jena, Professor Ernst Abbe, aus dem Leben geschieden ist. In dem ihm gewidmeten Nachruf und auch vorher schon in Artikeln über die berühmte optische Werkstatt in Jena, wozu namentlich das bezügliche Werk von Professor Auerbach vortrefflich diente, sind die mannigfaltigen großen Verdienste Abbes auf wissenschaftlichem, technischem und sozialem Gebiet in diesem Blatte eingehend gewürdigt worden. Nun hat sein Nachfolger in der Leitung der Zeißstiftung, Dr. S. Czapski, vor kurzem im Verlag von Gustav Fischer in Jena eine Sammlung von Vorträgen, Reden und Schriften Abbes herausgegeben, die hauptsächlich sozialpolitischen und verwandten Inhaltes sind und so den Sozialpolitiker Abbe in Wort und Tat vorführen.

In seiner Vorrede gibt der Verfasser eine sozialwissenschaftliche Erklärung für das sozialpolitische Denken, Empfinden und Handeln Abbes. Er war der Sohn des Spinnmeisters Abbe, des Angestellten in einer Fabrik in Eisenach, der natürlich auch nichts anderes als ein Arbeiter war. Er mußte sich denn auch während seiner Studienzeit sehr kümmerlich durchschlagen, da ihm der Vater bei seinen bescheidenen Mitteln nur geringe Beihilfe zu gewähren vermochte. Abbe verleugnete nie die proletarische Abstammung und da er nun als Teilhaber an dem Zeißschen Unternehmen Unternehmer und Kapitalist geworden war, habe er sich gewöhnen müssen, wie er selbst sagte, alle Vorkommnisse in zweierlei Art anzusehen und zu prüfen: mit den Augen des Unternehmers und Kapitalisten — was beides zu werden er sich noch in seinen Studentenjahren nie hatte träumen lassen — und „zugleich mit den Augen des Arbeitersohnes, dem über Nacht nicht Kapitalistenaugen wachsen wollten", mit den Augen des Mannes, der in der mühsam erworbenen gehobenen Lebenstellung seine Abstammung nicht wie so mancher andere zu verbergen und zu vertuschen suchte, sondern gerade umgekehrt aus ihr überall den starken Antrieb entnahm, „die scheinbar und in Wahrheit oft so widerstreitenden Interessen der sich immer schärfer sondernden Klassen nach Kräften miteinander in Einklang zu bringen."

Das „sozialpolitische System" Abbes faßte der Jenenser Professor Delbrück in seinem Nachruf auf den Verstorbenen in die Sätze zusammen: „Es kommt in der Gesellschaft nur an auf die Förderung der Gesamtinteressen; das Glück des einzelnen aber ist gleichgültig. An dasjenige, was die Gesellschaft zu verteilen hat, hat nur der Anspruch, der arbeitet, und die Verteilung ist nicht anders zu regeln, als nach den Gesichtspunkten strenger Gerechtigkeit ohne irgend eine historisch oder sonst begründete Bevorzugung. Diese völlige Ablehnung jedes Eudämonismus (Glückseligkeitslehre) gehörte aber nicht bloß dem System an, sondern zeigte sich ebenso in Abbes Leben. System und Leben war bei ihm aus einem Guße. Daß es auf das sogenannte Glück des einzelnen nicht ankommt, hat er aufs großartigste erwiesen in seiner eigenen Person. Es hat ja oft Männer gegeben, die ihre Reichtümer wegwarfen und sich nach einem Leben voll Taten und Sünden in Klöster oder Wälder zurückzogen; aber daß jemand in der vollen Kraft seines Daseins und Wirkens auf sein Erworbenes in der Weise verzichtet, wie Ernst Abbe, das ist gewiß etwas sehr Seltenes. Was er so an sich selbst zur Darstellung brachte, wünschte er natürlich auch von anderen, wie an einem Beispiel statt vieler gezeigt sein mag. Er hatte einen Lieblingsgedanken, der ihm aber schließlich von anderen ausgeredet wurde, nämlich eine Stiftung ins Leben zu rufen für Söhne der handarbeitenden Klasse, um ihnen die Möglichkeit zu

geben, in höhere Stellungen im Staate aufzusteigen. Damit wollte er aber, wie er ausdrücklich bemerkte, nicht etwa das Glück des einzelnen erhöhen — er nahm vielmehr an, daß unter Umständen das Gegenteil eintreten könne, indem mancher sich vielleicht in der neuen Stellung unglücklich fühlen würde —: aber Abbe meinte, das Aufsteigen in höhere Schichten sei im allgemeinen Interesse notwendig und so liege hier für den einzelnen ein Stück der allgemeinen Dienstpflicht vor, die wir alle der Gesellschaft schuldig sind. ... Ein jeder soll das bekommen, worauf er Anspruch hat, nicht mehr und nicht weniger. Abbe wünschte sogar, wo es nur irgend möglich war, einen klagbaren Anspruch für den einzelnen an die Gesellschaft. Will man Stellung zu diesem System nehmen, so kann es nicht geschehen, indem man Einzelheiten herausgreift, sondern man muß das Ganze ins Auge fassen und seinen Standpunkt auf der reinen Höhe philosophischer Betrachtung wählen." —

Die Sammlung enthält Vorträge und Aufsätze über Steuersystem, Arbeiterschutz, Gewinnbeteiligung der Arbeiter in der Großindustrie, über die Sonderbesteuerung der Konsumvereine, die rechtswidrige Beschränkung der Versammlungsfreiheit im Großherzogtum Sachsen, über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Verkürzung des industriellen Arbeitstags, über die Aufgaben des Arbeiterausschusses und dann weiter eine ganze Anzahl von Arbeiten über die Zeißstiftung.

Über das Steuersystem hielt Abbe im März 1894 im freisinnigen Verein zu Jena einen Vortrag, wobei es sich um die Frage handelte, welche soziale Forderungen die Freisinnige Volkspartei in ihr Programm aufnehmen soll. Einleitend erzählte er, wie er dazu gekommen ist, sich mit sozialen Dingen zu beschäftigen. „Es wäre aber nicht ehrlich, wenn ich dabei verschweigen wollte, daß die erste Anregung zu eigener Stellungnahme gegenüber den sozialen Angelegenheiten sich mir ergeben hat aus gelegentlichem persönlichen Verkehr mit einem der bedeutendsten und hochachtbarsten Führer der deutschen Sozialdemokratie. Die älteren unter Ihnen erinnern sich wohl noch der Agitationsrede, welche der ‚Drechslergeselle August Bebel' im Sommer 1871 (nach Bebels eigener Erinnerung fand dieser Vortrag schon 1869 statt) hier im Engelsaale gehalten hat. Wenn schon diese in den meisten Punkten meinen Widerspruch herausforderte, so hat sie mir doch einen nachhaltigen Impuls gegeben, angesichts der wirtschaftlichen Vorgänge in meinem Umkreis immer die Augen offen zu halten und insonderheit alles, woran ich selbst beteiligt war, unter dem Bewußtsein strenger Verantwortung zu betrachten." Diese Mitteilung ist sehr interessant. Sie lehrt vor allem, daß Agitationsversammlungen in der Tat immer nützlich sind, selbst wenn sie keinen wahrnehmbaren äußeren Erfolg haben. Die hier gehaltenen Reden geben Anregungen, veranlassen zum Nachdenken, korrigieren irrtümliche Ansichten, erweitern den Gesichtskreis, vermehren das eigene Wissen, wecken die Kritik und schärfen das Urteil.

In der Behandlung seines Vortragthemas selbst bekannte sich Abbe als **Gegner aller indirekten Steuern**, indem er folgende Forderung aufstellte: „Beseitigung der indirekten Steuern und auch Beseitigung aller Besteuerung des Arbeitseinkommens. Anweisung aller Bedürfnisse von Staat und Reich auf eine **reine Vermögensteuer**, welche nach oben progressiv alle größeren Vermögen besteuert, annähernd mit dem Prozentsatz des jeweiligen Boden- und Hypothekenzinsfußes — in der ausgesprochenen Absicht, den Zinsabwurf des gesamten Nationalvermögens für den Staat (das heißt für Staat und Reich) in Anspruch zu nehmen." In der Begründung dieser Forderung entwickelte Abbe recht beachtenswerte Gedanken. Er führte aus, daß das damals auf 200 Milliarden geschätzte Nationalvermögen Deutschlands zu seiner Verzinsung ein Drittel der gesamten Werterzeugung beansprucht, so daß die Gesamtheit aller Arbeitenden im Durchschnitt immer zwei Tage in der Woche für diesen Zweck zu arbeiten hat. Diese Ordnung der Dinge bezeichnete er als ungerecht und unvernünftig. Äußerst zutreffend auf die jammervolle und volksfeindliche „Reichsfinanzreform", die im vorigen Jahre durchgeführt wurde, sind folgende Ausführungen Abbes gegenüber der damaligen Steuerpolitik der Reichsregierung: „Wir erleben jetzt das klägliche Schauspiel, daß die Gesetzgeber des Reiches und der Einzelstaaten in allen Winkeln herumsuchen, wo etwa noch ‚was Steuerbares' zu finden sein möchte und allerlei Sophismen helfen müssen, das Gewissen zu beschwichtigen, welches angesichts feierlicher Zusagen sich dagegen sträubt, daß immer wieder ‚die Masse es bringen' müsse." Demgegenüber versprach er sich von der von ihm ins Auge gefaßten Vermögensteuer einen Ertrag, der in jedem Falle weit hinausgehen würde über die Gesamtsumme aller gegenwärtigen effektiven Ausgaben in Reich und Einzelstaaten zusammengenommen. Es würden also Reich und Einzelstaaten mit der Umgestaltung des Steuersystems die Mittel zur Erfüllung neuer großer Aufgaben gewinnen.

Abbe wandte sich mit seinem Vorschlag, der sich im wesentlichen mit unserer Auffassung deckt, an die unrichtige Adresse, indem er die Freisinnige Volkspartei zu seiner Verwirklichung aufforderte. Sie ist eine bürgerlich-kapitalistische Partei, wie die anderen bürgerlichen Parteien auch, die vor allem gerade die Interessen des Besitzes vertritt und die, wie erinnerlich, 1902 auch den Zollwuchertarif mit allen Mitteln der Gewalt mitschuf. Abbe war in diesem Punkte Utopist genug, die Freisinnige Volkspartei mit seinem Steuervorschlag zur Bekämpfung der Sozialdemokratie anspornen zu wollen, während es in der Tat doch gerade diese ist, die eine Steuerpolitik in seinem Sinne betreibt. Die Freisinnige Volkspartei hat die Abbesche „Waffe" denn auch gar nicht angenommen, dagegen hat sie unter Richters und anderer Führung in der damaligen Zeit wiederholt die Verlängerung des Sozialistengesetzes ermöglicht, um mit Polizei, Staatsanwalt, Richter, Gefängnis und Zuchthaus die gehaßte Sozialdemokratie zu bekämpfen.

In seinem zweiten, ebenfalls im freisinnigen Volksverein in Jena gehaltenen Vortrag behandelte er den **Arbeiterschutz**, in dem er einleitend eine im allgemeinen richtige geschichtliche Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung gab, um dann beim modernen Industrialismus zu verweilen und neben seinen guten Seiten auch seine schlechten Wirkungen und Auswüchse zu schildern. Darauf begründete er die Forderungen des Arbeiterschutzes, worauf wir im nächsten Artikel etwas näher eingehen werden.

Sozialpsychologisches.

Die Firma Literarische Anstalt Rütten & Loening in Frankfurt a. M. hat ein neues Unternehmen begonnen. Sie läßt unter dem Titel: **Die Gesellschaft** eine von Herrn Dr. Martin Buber herausgegebene **Sammlung sozialpsychologischer Monographien** erscheinen. (Preis des einzelnen Bandes geheftet 1,50 Mk., gebunden 2 Mk.) In seinem Prospekt motiviert der Verlag dies Vorgehen folgendermaßen:

„Es ist ein tief berechtigtes und immer nachdrücklicher sich durchsetzendes Bestreben unserer Zeit, das Leben der Gesellschaft, seine Formen und Äußerungen in klarer, wissenschaftlich durchgearbeiteter und literarisch wertvoller Darstellung zur Kenntnis aller Gebildeten zu bringen. In der reichen Literatur, die aus diesem Bestreben erwachsen ist, kam bisher eine Betrachtungsweise allzuwenig zur Geltung, die mehr als irgend eine andere geeignet ist, dem Laien die Zusammenfassung und Belebung des von den sozialen Wissenschaften dargebotenen Tatsachenmaterials zu ermöglichen: die **psychologische**. Ihr wollen wir in unserer Sammlung eine Stätte schaffen. Wurde die Wechselbeziehung von Menschen, das soziale Grundphänomen, bisher in ihrer äußeren Ansicht festgehalten, so soll hier versucht werden, die **innere** zu durchleuchten. Wurden bisher fast ausschließlich der äußere Aufbau des Lebens der Gesellschaft und die wirtschaftlichen Werte, die es erzeugt, erörtert, so soll hier seine **Bedeutung für die Seele des Menschen, sein seelischer Ursprung und seine seelischen Wirkungen** zum Ausdruck kommen; es soll gezeigt werden, wie aus Empfindungen und Willensregungen das Soziale entsteht und wie es neue Empfindungen und Willensregungen auslöst. Gezeigt soll dies werden nicht in abstrakter Untersuchung der allgemeinen Probleme, sondern durch eine **psychologische Darstellung der einzelnen konkreten Erscheinungen**. Jede Monographie unserer Sammlung wird ein besonderes Stück gesellschaftlichen Lebens, eine bestimmte Form menschlichen Zusammenlebens, ein bestimmtes Gebilde menschlicher Wechselwirkung beschreiben und in der Beschreibung auf seinen seelischen Gehalt und Sinn hin analysieren. Wir möchten in der ‚Gesellschaft' eine Reihe von Arbeiten bringen, die methodische Exaktheit mit lebendiger, aus der unmittelbaren Wirklichkeit schöpfender Ursprünglichkeit, sachliche Positivität mit persönlicher Eigenart vereinigen. Wir haben versucht und versuchen, die **Berufenen zur Mitarbeit** heranzuziehen: Vertreter der psychologischen Methode in der Wissenschaft, Vertreter der psychologischen Anschauungsweise in der Literatur, endlich Vertreter der Lebensgebiete selbst, von denen in den Bänden unserer Sammlung gesprochen werden soll. Jeder Einzelband wird ein Ganzes bilden. Zugleich aber hoffen wir, daß die Monographien mit der Zeit sich zu einer **Gesamtdarstellung der Psychologie der Gesellschaft** zusammenschließen werden."

Wenn es gelingt, diesen Vorsatz zu verwirklichen, so kann das Unternehmen ohne Zweifel viel zur Aufklärung beitragen. Aus den im Prospekt angekündigten Bänden nennen wir folgende: **Die Sprache** von Fritz Mauthner, **Die Sitte** von Ferdinand Tönnies, **Die Geschlechter** von Martin Buber, **Der Handel** von Richard Calwer, **Das Parlament** von Helmut v. Gerlach, **Die Diplomatie** von Maximilian Harden, **Die Revolution** von Gustav Landauer, **Das Verbrechen** von Franz v. Liszt, **Die geistigen Epidemien** von Willy Hellpach, **Das Warenhaus** von Paul Göhre ꝛc. Man kann also sagen, daß diese Sammlung sehr interessant zu werden verspricht, auch für den, der andere Ansichten hat als sie von den Autoren kundgegeben werden. Soweit uns deren Namen bekannt sind, scheinen sie uns dafür zu bürgen, daß sie gut und anregend geschriebene Arbeiten liefern werden.

Leider kann dies für den ersten Band der Sammlung aber nur in sehr beschränktem Maße gelten. Der Herausgeber hat ohne Zweifel geglaubt, einen besonders guten Griff zu tun, als er mit der Monographie **Werner Sombarts** über **Das Proletariat** den Reigen eröffnete. Die Tendenz dieser Broschüre ist darauf gerichtet, in den Lesern das „große Mitleid" für das Proletariat auszulösen, dem durch die Entwicklung des Kapitalismus „die Fühlung mit der Natur" ꝛc. abhanden gekommen ist. Soweit ist der Zweck ja ganz löblich. Wenn solche Sachen in der Arbeiterpresse stehen, so pflegen die, die an der Erhaltung der kapitalistischen Produktionsweise mit all ihren Auswüchsen ein Interesse haben, sie für **erlogen** oder mindestens doch für **tendenziös übertrieben** zu erklären. Sombart hat zwar auch schon aus Scharfmacherkreisen solche Vorwürfe hören müssen; immerhin fällt es doch bei manchen ins Gewicht, daß ein königlich preußischer Professor das bestätigt, was von den „Hetzern und Wühlern" schon so oft gesagt oder geschrieben worden ist. Das ist aber auch das einzige, das wir zum Lobe des Buches sagen können. Wir wollen noch gar nicht einmal mit Sombart darüber rechten, daß er sich auf Seite 83 und 84 zu folgendem Erguß über die zum Klassenbewußtsein erwachenden Proletarier versteigt:

„Aber was nun wohl unvermeidlich ist, ist dieses: ‚Bildung' und ‚Kritik' bleiben bei der großen Masse **auf halbem Wege stecken**. Sie verlieren ihr Leben, sie erstarren zu Dogmen der Theorie, zu **Dogmen der Praxis**. (Hat der Mann eine Ahnung! Red. d. M.-Z.) Sie werden in Schlagworte eingekapselt, von denen nun die Seele erfüllt ist. Der Mensch, der sich glücklich aus Vorurteilen und Aberglauben befreit hatte und sich ‚frei' glaubte, wird nun in ein unzerreißbares Netzwerk von verkalkten ‚Theorien' eingesponnen, in dem er nicht freier sich zu bewegen vermag, als vorher der natürliche Mensch in den Ketten des Vorurteils und Aberglaubens. Mag nun die Begriffsfalle, in die er fällt, Atheismus oder Darwinismus oder Klassenkampf oder Antisemitismus oder Internationalismus oder Ausbeutung oder soziale Revolution oder sonstwie heißen, das bleibt sich gleich: genug, daß er festsitzt. So, kann man sagen, bildet sich bei der großen proletarischen Masse wiederum eine Eigenart des modernen Menschen zur Vollkommenheit aus: der Dogmatismus. Der Proletarier ist, trotz seines ‚Bildungstrebens', trotz seiner ‚kritischen' Veranlagung — oder soll man sagen derentwegen?, sicher **wegen seiner Verstandeshypertrophie — der geborene Dogmatiker**."

Also trotz der „**Verstandeshypertrophie**", das heißt **Überernährung des Verstandes**, bleiben beim modernen Proletarier „Bildung und Kritik auf halbem Wege stecken". Diesen Widerspruch vermögen wir natürlich ebensfalls „in eine Begriffsfalle gefallenen" Proleten nicht zu lösen. Dazu muß man anscheinend königlich preußischer Extraordinarius sein. Doch darum keine Feindschaft!

Ohne Zweifel ist es leichter, sich in das Seelenleben des verelendenden Arbeiters hineinzudenken, als in das des klassen- und zielbewußten, der möglicherweise schon kraft gewerkschaftlicher oder politischer Organisation eine Besserung seiner Lage errungen hat. In der Erwartung, über die Psyche des kämpfenden Proletariats etwas zu erfahren, wird jedenfalls mancher zu diesem Buche greifen. Er findet aber außer einigen Gemeinplätzen, die jedem von selber einfallen, wenn er nicht ganz auf den Kopf gefallen oder in Klassenvorurteilen verbohrt ist, nur noch folgendes im Schlußabsatz: „Damit bin ich an dem Punkte angelangt, wo wir das Proletariat eintreten sehen in jene Bewegung, die wir die sozialistische nennen. Weiter wollte ich den Leser nicht führen, denn von dieser Bewegung selbst habe ich in meiner Schrift ‚**Sozialismus und soziale Bewegung**' gesprochen, zu der diese Blätter eine Art von Ergänzung bilden sollen."

Wer nun voller Erwartung die neueste Auflage des genannten Buches aufschlägt, findet auf Seite 7 und 8 folgendes: „Über die innere Wesenheit des Proletariats **kann ich hier nur wenige Andeutungen machen**, aus denen sich erkennen läßt, welche Zusammenhänge zwischen der eigentümlichen Lage dieser sozialen Klasse und der Bewegung obwalten, deren Träger sie ist. **Eingehend behandle ich das Thema in der Schrift ‚Das Proletariat'**, die etwa gleichzeitig mit diesem Buche als erstes Heft der Sammlung ‚Die Gesellschaft' erscheinen wird: sie bildet eine Art Ergänzung zu der hier gegebenen Darstellung."

Dies ist ohne Zweifel ein sehr bequemes Verfahren. Sombart verweist im ersten Buche auf das zweite und im zweiten auf das erste. **Dabei steht in keinem etwas drin**, wenigstens nicht das, was er verspricht. In beiden Büchern bringt er über die Psyche des Proletariats so gut wie gar nichts; nur Äußerlichkeiten bespricht er und auch die nur in höchst oberflächlicher Weise. Sombart hat sich die Sache sehr leicht gemacht. Einige Griffe in seine umfangreiche Materialsammlung über das Proletariat, dann die Gruppierung des Materials und den verbindenden Text dazu — fertig ist die Laube. Alles Ausgaben, die einem Manne wie Sombart nicht schwer fallen. Die ganze, elegant geschriebene, 88 Seiten starke Broschüre kann man gemütlich in zwei Stunden durchlesen. Dem Arbeiter, der schon seit einiger Zeit sein Parteiorgan und sein Gewerkschaftsorgan aufmerksam liest, bietet sie nichts neues, da er ähnliches schon oft genug gelesen hat. Nur nebenbei wollen wir noch darauf hinweisen, daß er die Frage völlig unerörtert läßt, ob die verelendenden oder die besser gestellten Arbeiter die Hauptträger der Arbeiterbewegung sind. Ein vom psychologischen Standpunkt aus besonders dankbares Theme, das Sombarts Leser aus der Bourgeoisklasse doch gewiß sehr interessiert hätte.

Zwar wollen wir nicht verkennen, daß das Wissen eines Sombart nicht ausreicht, um die Psyche des Proletariats — besonders des klassenbewußten — zu schildern. **Das kann nur ein Angehöriger des Proletariats selber**, der gründliche, durch eigene Erfahrung erworbene Kenntnis auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung mit gründlicher Kenntnis der Psychologie und besonders der psychologischen Forschungsmethoden vereinigt. Wir werden wohl noch lange warten müssen, bis ein solcher Berufener auftaucht. Und wenn er da ist, hat er wahrscheinlich wichtigeres zu tun, als derartige Selbstbespiegelung zu treiben. —

Von den sonst noch erschienenen Bänden der Sammlung liegt uns noch der vierte — **Der Streik** von Eduard Bernstein — vor.

Technische Rundschau.

Die Verwendung von Aluminium war bisher meist dadurch eingeschränkt, daß es nicht möglich war, es zu löten. Man hat zwar viel mit Zinn, Zink und anderen Metallen versucht, ein brauchbares Resultat aber haben diese Versuche nicht gezeitigt. Vor allem haftete dieser Art des Lötens der Fehler an, daß bei Berührung mit Wasser das Lot zerstört wurde. In neuester Zeit lötet man nun Aluminium direkt mit Aluminium, ähnlich wie man seit Jahren Blei mit Blei lötet. Das sich bei der Berührungsstelle bildende dünne Oxydhäutchen hat bis jetzt immer das Zusammenfließen des Metalls verhindert. Durch einen Chemiker, namens Schoop, ist aber ein Flußmittel gefunden worden, das diese Mängel beseitigt. Natürlich muß bei diesem Vorgang das Metall durch die Stichflamme bedeutend stärker erhitzt werden, da ja auch der Schmelzpunkt des Aluminiums sehr hoch liegt. Die auf diesem Wege vorgenommene Lötung ist ebenso widerstandsfähig wie Aluminium selbst. Durch diese Erfindung wird der Verwendung von Aluminium ein großes Feld eröffnet, besonders sind es Aluminiumkessel, die wegen ihrer Billigkeit und wegen ihres geringen Gewichtes gegenüber Kupfer- und Nickelkesseln den Vorzug haben. Dasselbe gilt bei Aluminiumdrähten, die bisher durch Klemmen verbunden werden mußten. Viel verwendet werden auch Aluminiumrohre in der Automobilindustrie, obwohl bisher ein Kilogramm 24 Mk. kostete.

Den Siemens-Schuckertwerken ist auf eine **Einrichtung zur Verwendung des Schleppbetriebs von Schiffen durch Treidellokomotiven** ein Patent erteilt worden, das dieser Schiffahrt große Vorteile bringt. Es war beim Treideln durch Lokomotive häufig der Fall, daß zum Beispiel bei Krümmungen die Maschinen langsamer oder schneller fahren mußten, als sich das geschleppte Fahrzeug bewegte. Es mußten also in vielen Fällen die Seile loser oder straffer gespannt werden. Allgemein wird nun eine Wickeltrommel angebracht, die verhindert, daß das Seil bei diesen Vorgängen ins Wasser taucht oder zu straff gespannt wird. Sobald die Geschwindigkeit der Lokomotive vermindert wird, wickelt sich das Seil auf der Trommel auf, während bei beschleunigter Fahrt sich das Seil abwickelt. Die bis jetzt bekannten Vorrichtungen erforderten aber ein ständiges Eingreifen des Lokomotivführers. Die Bedienung kann nur vom Führerstand aus geschehen, es kam aber bei der großen Inanspruchnahme des Führers für die Lokomotive oft vor, daß trotz aller Aufmerksamkeit zu viel oder zu wenig vom Seile abgewickelt wurde. Die Siemens-Schuckertwerke haben nun für diese Operation einen besonderen Elektromotor angeordnet, der auf der Wickeltrommel arbeitet und entweder vom Lokomotivführer durch eine einfache Handhabung bedient wird oder aber meist automatisch arbeitet. Die Vorrichtung besteht aus einem Regulierapparat, über dem ein Hebel spielt, der mittels eines Solenoids arbeitet. Dieses liegt im gleichen Stromkreis wie der Lokomotivmotor. Infolgedessen schlägt der Hebel bei Vergrößerung oder Verminderung der Fahrgeschwindigkeit der Lokomotive durch Bewegung des Solenoidkernes entweder nach rechts oder nach links. Haben Lokomotive und Fahrzeug gleiche Geschwindigkeit, so befindet sich der Hebel in der Mittelstellung, der Motor arbeitet also nicht. Um nun ein Drehen der Seiltrommel zu verhindern, geschieht der Antrieb vom Motor durch eine selbstsperrende Vorrichtung, in diesem Falle durch eine Schnecke. Ändert die Lokomotive ihre Geschwindigkeit, so erhöht sich der Verbrauch der Stromstärke und es schlägt der Hebel unter Einwirkung des Solenoids nach links; im anderen Falle, bei Verminderung der Geschwindigkeit, also bei geringerem Verbrauch von Stromstärke, nach rechts. So wird entweder ein Stück des Seiles abgewickelt oder wieder aufgewickelt. Man kann aber auch das Solenoid umgehen, indem man ein Gewicht auf den Hebel wirken läßt, so daß dieser bei normaler Spannung in der Mittelstellung bleibt. In diesem Falle führt man die Schlepptrommel über eine Scheibe, die an den Hebel drückt.

Ein Fortschritt in der **Erzielung hoher Lichtausbeute** ist jetzt durch die **Siemens-Doppelspannungsbogenlampen**, „Bivolta" genannt, gelungen. Anstatt mit 110 Volt in Einzelschaltung arbeiten die Lampen mit 220 Volt in Zweischaltung und lassen sich sowohl für Innen- als auch Außenbeleuchtung sehr gut verwenden. Die Kohlen können je nach der gewünschten Lichtverteilung angeordnet werden, zum Beispiel vertikal übereinander oder, falls eine intensive Beleuchtung des Bodens verlangt wird, schräg nebeneinander.

Von der Eisenbahndirektion sind auf der Strecke Berlin-Sangerhausen Versuche mit **Schnellzugslokomotiven**, die mit **Schmidtschem Rauchröhrenüberhitzer** ausgerüstet waren, unternommen worden. Ihre höchste Leistung gab die Maschine bei einer Fahrt mit 48 Achsen bei einer Steigung von 1:100. Bei 70 Kilometer Fahrgeschwindigkeit in der Stunde wurden 1895 PS. erreicht. Die Dampftemperatur betrug hierbei 344° C. Unter denselben Verhältnissen, aber auf ebener Strecke, erzielte die Lokomotive eine Geschwindigkeit von 105 Kilometer die Stunde. Die größte Zugkraft wurde bei einem Zuge von 56 Achsen, dessen Gesamtgewicht 584,76 Tonnen betrug, erreicht. Es war dies bei 86 Kilometer Geschwindigkeit und bei einer Steigung von 1:150. Die Maschine leistete hierbei durchschnittlich 1512 PS. Trotz der enormen Wassermengen, die hierbei verdampft werden mußten, betrug die Temperatur des Dampfes nur 305° C. Der geringste Wasserverbrauch, bezogen auf 1000 Tonnenkilometer Zuggewicht, wurde bei der Fahrt mit 45 Achsen erreicht. Es wurden verbraucht 83,8 Kilogramm Kohlen und 0,209 Kubikmeter Wasser. Interessant ist hierbei, daß an die körperliche Leistung des Personals keine höheren Anforderungen gestellt wurden als bei dem Betrieb mit Naßdampfschnellzugslokomotiven von geringerer Leistungsfähigkeit.

Leider sind wir gezwungen, zu konstatieren, daß auch in diesem Buche die Psychologie zu kurz kommt. Obwohl wir dies bedauern müssen, stehen wir doch nicht an, es zu empfehlen. Lediglich vom sozialwissenschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, enthält es vortreffliche und gewissenhaft durchgearbeitete Ausführungen über Wesen, Auftreten, Zweck und Wirken des Streiks. Auch wir haben sie mit großem Interesse gelesen. Leider hat Bernstein unterlassen, auch solche Streiks in den Bereich seiner Betrachtungen zu ziehen, die von Unternehmern provoziert werden, wenn sie eine Arbeit nicht zur festgesetzten Zeit fertig bekommen können und sich von der Konventionalstrafe drücken möchten. Solche Streiks kämen noch viel öfter vor, wenn nicht in manchen Fällen die Gewerkschaftsbeamten die Absicht der Unternehmer durchschauten und nunmehr versuchten, die Arbeiter vom Streik abzuhalten.

Vernünftige Gedanken eines Unternehmers.

Das in Leipzig erscheinende Unternehmerfachblatt Die Gürtler-, Bijouterie- und Metallwarenindustrie enthält in seiner Nr. 2 vom 15. Januar einen mit „G." unterzeichneten Artikel unter dem Titel: „Wie lassen sich Streiks in der Metallindustrie nach Möglichkeit verhindern?" Da der Nachdruck des Artikels unter Quellenangabe erlaubt ist, machen wir mit Vergnügen von dieser Erlaubnis Gebrauch, indem wir gleichzeitig einige besonders interessante Stellen durch Sperrdruck hervorheben. Der Artikel lautet folgendermaßen:

„Mit den nachstehenden Ausführungen möchten wir den Arbeitgebern wie Arbeitnehmern einen Dienst erweisen, um die Schärfen der Streiks zu mildern. Zunächst liegt es im Interesse der Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer, Streiks nach Möglichkeit zu verhindern. Es ist eine Tatsache, daß bei jedem Streik auf beiden Seiten ganz erhebliche und meistens nutzlose Opfer gebracht werden. Ohne Frage muß heute ein jeder Fabrikant den Arbeiterorganisationen Rechnung tragen. Ebenso sollen die Arbeiter niemals bei Lohndifferenzen vergessen, daß ein jeder Artikel nur dann für sie lohnend ist, wenn derselbe konkurrenzfähig bleibt, das heißt der Artikel muß sich mit nicht zu hohen Unkosten verkäuflich zeigen. Hieraus ergibt es sich aber auch, daß die jeweiligen Fabrikationseinrichtungen weitgehendst rationell zu gestalten sind. Niemals sollten Arbeitgeber die Forderungen der Arbeiter ohne weiteres ablehnen, ohne diese zunächst gründlich zu prüfen. Durch eine ruhige und eingehende Aussprache zwischen beiden Teilen lassen sich immer Mittel und Wege finden zur Schlichtung bestehender Differenzen. Es ist falsch, ein Nachgeben auf beiden Seiten als etwaige Schwäche aufzufassen. Wenn die gesamte Metallindustrie leistungsfähig bleiben soll, so muß auch darauf gesehen werden, daß die ausführenden Arbeitskräfte ebenfalls leistungsfähig bleiben, oder mit anderen Worten, der Arbeiter muß auch bei erhöhten Lebensbedingungen und sonstigen wirtschaftlichen Mehrausgaben diese durch seinen Verdienst ausgleichen können. Die Grundlage, um einen gesunden Ausgleich herbeizuführen, ist auf die Entlohnung für effektiv geleistete Arbeit festzulegen. Diese kann nur erreicht werden durch einen normalen Stücklohn. Deshalb sind die Stücklöhne so zu bemessen, daß auch der mittelmäßig befähigte Arbeiter sein Auskommen findet. Bekanntlich haben viele Arbeiter gegen die Stückentlohnung starke Abneigung, mit der Motivierung, daß, wenn sie eine Zeitlang in Akkord gearbeitet, die Akkordsätze dann wesentlich herabgesetzt würden. Ein derartiges Verfahren ist unbedingt zu vermeiden. Wie schon bemerkt, sollen die Akkordsätze so bemessen werden, daß der jeweilige Artikel auch wirklich hierfür durch die Arbeiter hergestellt werden kann. Aus diesem Grunde ist der Stücklohnfestlegung die größte Sorgfalt und Prüfung zu widmen. Als allgemeiner Grundsatz soll der jeweilige technische Akkordsatzfeststeller ein vielseitig erfahrener Fachmann sein. So muß zum Beispiel der Stücklohn für 100 Stück gleicher Artikel anders festgelegt werden, als der Stücklohn von 25 Stück gleicher Art, das heißt der letztere Stücklohnsatz muß verhältnismäßig etwas höher als der erstere angenommen werden. Ebenso soll bei der Stücklohnabmessung keineswegs die Leistungsfähigkeit eines erstklassigen geschulten Arbeiters zugrunde gelegt werden; es ist hierfür die Arbeitsleistung eines mittler geschulten Arbeiters anzunehmen. Einem neu eingetretenen Arbeiter, sofern derselbe auf die fraglichen Artikel bisher nicht eingearbeitet war, ist eine sogenannte Lohnakkordübergangszeit zu gewähren. Der Arbeiter bekommt die betreffende Arbeit in Stücklohn zugeteilt, falls der Mann mit dem Stücklohn nicht auskommt, wird ihm die Differenz in der Weise vergütet, daß der Lohn einem als normal angenommenen Stundenverdienst entspricht. Diese Karenzzeit muß eventuell mehrere Wochen dauern. Die von den Arbeiterorganisationen des öfteren geforderten Minimallöhne sind zu verwerfen, weil hierdurch ein intelligenter und einsichtiger Arbeiter in seiner individuellen Entwicklung gehemmt wird und der weniger intelligente Arbeiter den gleichen Verdienst erhält als der tüchtige Arbeiter. (?) Gerade durch dieses System werden wirklich tüchtige Arbeiter der Metallindustrie entzogen, wie dies auch zugleich der Keim zu vielen Gärungen ist. Das sogenannte Prämiensystem ist ebenfalls zu verwerfen, denn dieses zeitigt Unzufriedenheit; ebenso empfiehlt es sich, sogenannte offene Stücklohnlisten in jeder Betriebsabteilung aufzulegen, so daß sich die Arbeiter selbst davon überzeugen können, was für ein Stücklohn bezahlt wird. Überhaupt vermeide man streng jede Begünstigung einzelner Arbeiter, wie diese leider häufig zu beobachten ist, weil hierdurch die anderen Arbeiter mit Recht sich zu beklagen haben. Ferner sollen in der Metallindustrie Arbeiterausschüsse zur Geltung kommen. Durch den Arbeiterausschuß lassen sich Differenzen verschiedener Art beilegen, sowie auch daß sich hierdurch der Arbeitgeber oftmals vor empfindlichem Schaden bewahren kann. Um nun etwaigen Kraftproben von seiten der Arbeitnehmer ein Gegengewicht zu setzen, sollten sich die Arbeitgeber ebenfalls organisieren, doch hüte man sich davor, die größere Macht auf dieser Seite zu etwaigen Repressalien zu benützen. Die Arbeitgeber dürfen nicht vergessen, daß bei Zuspitzungen von Lohndifferenzen die Arbeiter meistens eine falsch angebrachte Begeisterung zeigen und infolge unrichtiger oder nicht genügender Aufklärung von seiten ihrer Führer leicht zu Irrungen neigen. Arbeitnehmer- wie Arbeitgeberorganisationen sollten, falls alle gütlichen Verhandlungen bei Lohndifferenzen scheitern, die bestehenden Einigungsämter als zuständige Instanz ansehen und sich deren vermittelnden Entscheidungen fügen, als es zum Streik kommen zu lassen. Werden die hier gekennzeichneten gangbaren Wege auf beiden Seiten eingeschlagen, dürfte dies der gesamten Metallindustrie nur zum Heile gereichen."

Der Verfasser dieses Artikels kann natürlich ebensowenig aus seiner Unternehmerhaut heraus wie irgend ein Scharfmacher. Ferner hat er sich noch nicht von der durch die Scharfmacher eifrig kolportierten Unwahrheit frei machen können, daß die von den Arbeiterorganisationen öfters geforderten Minimallöhne gleichfalls zu Maximallöhnen werden. Wenn der Verfasser die Lohnbewegungen in der Metallindustrie genauer verfolgte, würde er finden, daß dies nirgends zutrifft, und daß er sich von den Scharfmachern hat anlügen lassen. Es ist um so notwendiger, dies festzustellen, als der Verfasser sonst noch verschiedenes sagt, von dem wir nur wünschen können, daß es Gemeingut aller Unternehmer würde, und daß sie auch danach handeln. Zwar wäre dadurch immer noch nicht die soziale Frage gelöst, aber mancher Stein des Anstoßes im Arbeitsverhältnis würde dann aus dem Wege geräumt. Der leistungsfähige Unternehmer würde immer noch existieren können. Auf das Schicksal des nicht leistungsfähigen braucht niemand Rücksicht zu nehmen.

Zum Einzug des Genter Systems der Arbeitslosenversicherung in Deutschland.

Nachdem in der Münchener Gemeindeverwaltung seit mehreren Jahren die Frage der Gewährung städtischer Zuschüsse an Arbeitslosenunterstützung zahlende Gewerkschaften erörtert wurde, ohne zu einem greifbaren Resultat zu gelangen, hat nunmehr die Stadtgemeinde Straßburg den ersten entscheidenden Schritt zur praktischen Erprobung des Genter Systems getan. Am 27. Dezember vorigen Jahres beschlossen die dortigen städtischen Kollegien, vom 1. Januar 1907 ab den daselbst domizilierenden Arbeiterorganisationen Zuschüsse zu ihrer Arbeitslosenunterstützung, zunächst für die Dauer eines Jahres, in einer Gesamthöhe von 5000 Mk. zu gewähren. Damit hat das Genter System zum erstenmal seinen Einzug in Deutschland gehalten, und wir sind überzeugt davon, daß es sich ebenso wie in Belgien und Frankreich bewähren und die darauf gesetzten Erwartungen erfüllen wird, wenn es sich auch zunächst nur um einen einjährigen Versuch handelt. Basiert doch das Genter System auf der gewerkschaftlichen Selbsthilfe, der einzigen Form der Arbeitslosenversicherung, die sich bisher in allen Ländern bewährt hat. Nur die gewerkschaftliche Selbsthilfe und Selbstverwaltung war imstande, die heiklen Fragen der Arbeitslosenkontrolle und der Annahme von Arbeitsangeboten, an denen schon so manches sozialpolitische oder Wohlfahrtsprojekt gescheitert ist, in befriedigender Weise für alle Beteiligten zu lösen, weil eben die Gewerkschaft einen erzieherischen Einfluß auf die Arbeitnehmer besitzt, der jeder bureaukratischen Organisation, mag sie wohlwollend oder engherzig geleitet sein, mangelt. Nur die gewerkschaftliche Selbsthilfe endlich schafft einen Fonds von Solidarität und Gemeinsinn, der unerläßlich für jede Arbeitslosenversicherung ist, wenn diese nicht schließlich der egoistischen Ausnützung anheimfallen soll.

Die Einführung des Genter Systems der Arbeitslosenversicherung ist der Initiative des dortigen Gewerkschaftskartells zu danken, welches einen entsprechenden Antrag an die städtische Verwaltung gestellt hatte. Die Kommission, der der Antrag überwiesen worden war, sprach sich für dieses System anerkennend aus. Allerdings versagte dasselbe für die große Masse der ungelernten Bauarbeiter und zum Teil selbst für die gelernten. Indes sei für diese nicht so dringlich die Regelung der Arbeitslosenversicherung, als vielmehr diejenige der Arbeitsbeschaffung durch Notstandsarbeiten, wie sie bereits seit Jahren in jedem Winter seitens der Gemeinde organisiert würden und eigentlich auch nur für die Baugewerbe ernsthaft in Frage kämen. Was sodann die unorganisierten Arbeiter anbelange, die an der Arbeitslosenversicherung der Gewerkschaften keinen Anteil nehmen und danach auch von den städtischen Zuschüssen ausgeschlossen bleiben würden, so habe sich die für diese Arbeiterkategorie in Gent geschaffene Spareinrichtung nicht bewährt, da nur eine verschwindend geringe Zahl von Arbeitern von der Möglichkeit der Anlegung von Spargeldern zu Arbeitslosigkeitszwecken Gebrauch machte. Überdies werde wohl niemals ein Arbeiter durch eigenes Sparen diejenige Sicherheit erreichen, die ihm die Mitgliedschaft zu einer Gewerkschaft gewährleiste. Es sei deshalb nicht rätlich, den mißglückten Versuch von Zuschüssen zu Spareinlagen zu wiederholen, da man die Arbeiter damit nur einer Selbsttäuschung aussetzen würde. Da sei es schon besser, den gelernten Arbeitern den Beitritt zu einer Organisation zu empfehlen, damit sie des städtischen Zuschusses teilhaftig werden. Gegenüber dem Einwand, daß mit der Beschränkung des städtischen Zuschusses auf organisierte Arbeiter ein Zwang zum Eintritt in diese Organisationen ausgeübt werde, der schon aus politischen Gründen nicht wünschenswert sei, wies die städtische Verwaltung darauf hin, daß neben den freien Gewerkschaften (18 Verbände mit 3457 Mitgliedern) auch die christlichen Gewerkschaften (6 mit 600 Mitgliedern) und der deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband in Betracht kämen. Die Bedenken gegen den Organisationszwang seien heute nicht mehr so schwerwiegend, nachdem sich infolge der Arbeitsstreitigkeiten bei den Arbeitgebern die Erfahrung durchgerungen habe, daß eine möglichst umfassende Organisation beider Teile, der Arbeiter wie der Unternehmer, der für längere Dauer geltenden friedlichen Regelung der Arbeitsbedingungen nur förderlich sei. Im Tarifvertrag der Gipser hätten sich die Unternehmer ausdrücklich ausbedungen, daß jeder Arbeiter seiner Organisation angehöre. Auch im neuen Buchdruckerorganisationsvertrag sei der wechselseitige Organisationszwang aufgenommen worden. Andererseits wurde auf die Entlastung des Armenbudgets durch die Förderung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung hingewiesen.

In einer späteren Kommissionsitzung lag die schriftliche Zustimmung des christlichen Gewerkschaftskartells zu dem Antrag der freien Gewerkschaften vor. Nach einem neuerlichen Bericht der städtischen Verwaltung gibt es in Straßburg etwa 20000 Arbeiter, davon 1100 in der Landwirtschaft, 14400 in Industrie und Gewerbe und 4500 im Handel oder Verkehr. Organisiert seien etwa 4500. In der Generaldebatte wurde die Vorlage der Verwaltung heftig umstritten. Die Gegner erklärten, es sei ein Unrecht, für einen so geringen Teil der Arbeiterschaft unter Ausschluß der Mehrheit Wohltaten zu spenden. Auch sei es Sache des Reiches, diese Versicherung einzuführen. Ihnen gegenüber wurde hervorgehoben, daß für einen Teil der Arbeiterschaft, für die Bauarbeiter, bereits durch Notstandsarbeiten gesorgt werde. Auf das Reich könne man nicht warten, da bis dahin die Lasten der Unterstützungsfälle die Gemeinde allein träfen, während im Falle der Unterstützung der Gewerkschaften diese zwei Drittel der Lasten übernehmen. Schließlich stimmte die Kommission mit 8 gegen 6 Stimmen dem Prinzip der Vorlage zu.

In der am 27. Dezember 1906 beschlossenen Fassung bewilligte die Gemeinde Straßburg ab 1. Januar 1907 auf ein Jahr versuchsweise die Summe von 5000 Mk., um die Selbstversicherung gegen Arbeitslosigkeit zu begünstigen. Jedem Arbeiter, der bei Eintritt der Arbeitslosigkeit ein Jahr lang ununterbrochen in Straßburg wohnhaft war und der Arbeitslosenkasse eines Berufsvereins von Arbeitern oder Angestellten angehört, soll zu dem Unterstützungsbetrag, den er von dieser Kasse erhält, ein Zuschuß aus obigen Mitteln bezahlt werden, der 50 Prozent des Unterstützungsatzes seines Vereins beträgt, aber gekürzt werden kann, falls der Gesamtbetrag des städtischen Zuschusses von 5000 Mk. überschritten werden würde. Der Zuschuß erstreckt sich nur auf Unterstützung unfreiwilliger Arbeitslosigkeit, nicht aber auf Arbeitslosigkeit infolge Krankheit, Unfall und Invalidität oder von Streiks und Aussperrung. Die Zahlung des Zuschusses wird eingestellt, wenn dem Arbeitslosen in seinem Beruf passende Arbeit nachgewiesen wird. Ledige Arbeiter können zur Annahme auswärtiger Arbeit angehalten werden. Der Zuschuß wird von den Vereinen verauslagt und monatlich nach Verrechnung auf Grund der beim Bürgermeisteramt geführten Arbeitslosenliste zurückerstattet. Ein Schiedsgericht, bestehend aus Vertretern der städtischen Arbeitsnachweisstelle, die von der Gesamtkommission der letzteren gewählt werden, hat über etwaige Streitigkeiten zu entscheiden.

So ist denn zum erstenmal in Deutschland dem Genter System der Förderung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung Eingang verschafft worden. Es hat fünf Jahre gedauert, ehe der gesunde Gedanke, dem der Stuttgarter Gewerkschaftskongreß (1902) Ausdruck gab, sich trotz des Widerstrebens gewerkschaftsfeindlicher Kreise volle Beachtung erzwang. Darin liegt die Anerkennung, daß die Gewerkschaften Mustergültiges auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung geleistet haben, das heute von den öffentlichen Körperschaften nicht mehr ignoriert werden kann. Wir hoffen, daß das Genter System, das durch seine Modifikation zu einem Straßburger System geworden ist, in Deutschland Schule macht, und daß noch mehr Gemeinden die kurze Zeit, die bis zur Überschreitung des Höhepunktes der wirtschaftlichen Konjunktur noch zur Verfügung steht, ausnützen, um die Vorzüge dieses Systems praktisch zu erproben. Um den Gewerkschaften die Möglichkeit zu geben, anregend in dieser Richtung vorzugehen, geben wir nachstehend das Reglement der Straßburger Einrichtung in seinem vollen Wortlaut wieder. Der am 27. Dezember 1906 angenommene Entwurf lautet:

Arbeitslosen-Versicherungs-Ordnung der Stadt Straßburg.

1. Die Stadt Straßburg bewilligt zunächst versuchsweise für die Dauer eines Jahres eine Summe von höchstens 5000 Mk., um die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu begünstigen.

2. Die Verwendung dieser Summe erfolgt in der Weise, daß jedem Arbeitslosen, welcher einer Arbeitslosen-Unterstützungskasse eines Berufsvereins von Arbeitern und Angestellten angehört, ein Zuschuß bezahlt wird zu dem Unterstützungsbeitrag, den er von seiner Kasse erhält.

3. Der Zuschuß tritt nur ein für Ortsunterstützung im Falle unfreiwilliger Arbeitslosigkeit. Ist die Arbeitslosigkeit eine Folge von Streiks und Aussperrungen oder deren Folgen, von Krankheit, Unfall oder Invalidität, so tritt die Gewährung des städtischen Zuschusses nicht ein. Das Gleiche gilt, wenn für den ursprünglich

---

Eine wesentliche Verbesserung an Dampf- und Lufthämmern besitzen die von der Firma Schmidt & Wagner in Berlin gebauten Hämmer. Die Schieber der Dampfhämmer sind als Kolbenschieber ausgebildet. Der einzige Unterschied zwischen den bisher verwendeten Formen beruht in den zungenartigen Ansätzen, die an der unteren äußeren Schieberkante, dort, wo der Dampf durch den mittleren Kanal und von dort in den Hammer tritt, angeordnet sind. Die untere Innenkante des Schiebers ist also mit Ansätzen versehen. Zweck dieser Ansätze ist, beim Hochgang des Bären den Dampf teilweise abzusperren, ohne daß hierdurch beim Niedergang des Bären der Austritt des Dampfes irgendwie verhindert wird. Diese Form des Schiebers hat wesentliche Vorteile mit sich gebracht. Es ist möglich, den Bär rasch zu heben. Diese Operation geschieht vollkommen gleichmäßig, der Bär wird niemals mit übermäßiger Kraft emporgehoben, es tritt infolgedessen keine Arbeitsvergeudung ein. Ferner wurde bei den übrigen Dampfhämmern durch den Gegendampf die Stärke des Schlages abgeschwächt. Dies fällt hier vollkommen weg. Als zweiter Vorteil ist zu erwähnen, daß der Dampfverbrauch bei dieser Arbeitsmethode sehr gering ist. Die lebendige Kraft braucht nicht während eines großen Teiles des Hubes durch Gegendampf gehemmt zu werden. Eine geringe Dampfmenge genügt zum Auffangen des Stoßes am Ende des Hubes. Als wichtigstes Moment sei hervorgehoben, daß sich die Regulierung des Hubes viel leichter als bei den alten Hämmern bewirken läßt, sie geschieht nur durch ein bloßes Bewegen des Steuerhebels, so daß bei raschem Gange der Hammer sofort zum Stillstand gebracht werden kann.

Laufrollen für elektrische Bahnen. Meistens stellte man diese Rollen aus Kupfer oder Bronze her. Unbedingt erforderlich ist gute Leitungsfähigkeit der Rolle, da sonst Beschädigungen des Leitungsdrahtes und auch der Laufrolle verursacht werden können. Beide Metalle genügen diesen Anforderungen und können für diesen Zweck als gleichwertig erachtet werden. Die Hauptbedingung, die eine Rolle erfüllen muß, ist: 1. möglichst viel den Leitungsdraht zu schonen, 2. möglichst einfache Auswechslung. So erklärt es sich, daß manche Straßenbahngesellschaften die harten Bronzerollen verwerfen und Kupferrollen verwenden. Aber hierin wird auch oft zu weit gegangen, es kommt vor, daß das Kupfer der Laufrollen einen höheren Härtegrad als das Kupfer des Drahtes hat. Allgemein kann man für diesen Zweck ein weiches Kanonenmetall empfehlen. Eine gute Legierung ist zum Beispiel folgende: 16 Gewichtsteile Kupfer auf ein Teil Zinn, und auf je 100 Gewichtsteile dieser Mischung füge man drei Teile Zink hinzu. Dringend ist hier vor der Verwendung von Blei zu warnen, da durch dieses Metall eine starke Funkenbildung begünstigt wird. Vielfach benützte man zum Härten der Kupferrollen Phosphor. Oft wird aber hierdurch die Rolle zu hart. Eine gut arbeitende mittelharte Legierung enthält auf 100 Teile Kupfer ½ Gewichtsteil Phosphor. Es sei hier noch eine andere gute Kupferlegierung erwähnt: 97 Gewichtsteile Kupfer, 2 Teile Zinn und 1 Teil Siliziumkupfer.

Einen enormen Fortschritt namentlich im Sinne des Arbeiterschutzes bedeutet eine jetzt auf vielen Hochöfen eingeführte Einrichtung, zugefrorene Abstichöffnungen und Blasformen durch komprimierten Sauerstoff und Leuchtgas aufzuschmelzen. Durch ein doppelwandiges Rohr führt man den Sauerstoff und das Leuchtgas unter hohem Drucke gesondert zu, erhitzt die zu schmelzenden Teile bis zur Weißglut und schmilzt sie, nachdem das Leuchtgas abgestellt ist, mit dem Sauerstoff weg. Früher konnte man nur durch anstrengende, gefährliche und langandauernde Arbeit dieses Hindernis beseitigen, bei dem neuen Verfahren erfordert es kurze Zeit und verursacht kaum Schwierigkeiten.

Von allen Methoden, Schrauben zu sichern, ist besonders die Art hervorzuheben, die mit dem Anziehen der Mutter die Sicherung bereits vollendet hat. Bei allen anderen Vorrichtungen, Schrauben zu sichern, muß stets noch eine zweite Operation ausgeführt werden, zum Beispiel Einführung eines Splintes, Anbringen einer kleinen Sicherungschraube oder Umbiegen einer Unterlegscheibe aus weichem Metall. Die Herstellung dieser Sicherheit ist also von der Gewissenhaftigkeit der Arbeit abhängig. In vielen Fällen, wo die Sicherung der Schraube sehr wichtig ist und wo das Anziehen der Mutter nicht ohne weiteres kontrolliert werden kann, ist es gefährlich, diese Sicherung einfach von der Güte der Arbeitsausführung abhängig zu machen. Dies gilt besonders von den Schrauben des Eisenbahnoberbaues; es sind zum Beispiel die Schrauben der Schienenstoßverbindung dauernd starken Erschütterungen ausgesetzt, sie lockern sich daher leicht, wenn keine soliden Sicherungen vorgesehen worden sind. Man hat versucht, diese Sicherung automatisch durch die Unterlegscheibe zu bewirken, man versah diese mit einem Spalt und fertigte sie aus Stahl an. Diese Unterlegscheibe besorgte die Sicherung dadurch, daß beide Flächen, sowohl die des Schraubenbolzens als auch die der Mutter, fest aneinander gepreßt waren. Aber auch diese Sicherung war noch nicht zuverlässig. Es konnte durch irgend ein Verfahren die Unterlagscheibe vergessen werden. Eine gute und solide Sicherung wird durch folgende Ausführung gewährleistet: Die Mutter erhält auf beiden Seiten je einen senkrecht zur Schraubenachse stehenden Schlitz von etwa 1 Millimeter Breite, dessen Tiefe beispielsweise bis zum Bolzen reicht. Hierdurch wird der obere Teil der Mutter von dem unteren gewissermaßen unabhängig gemacht. Der obere Teil der aus Stahl gefertigten Mutter wird nun, nachdem das Gewinde geschnitten worden ist, unter eine Presse gebracht und die Rundung des Schraubenloches im oberen Teile schwach oval gepreßt. Die Mutter hat also einen normalen Unterteil, der sich an die Unterlagscheibe preßt und den in der Querrichtung gespannten oberen Teil, der auf den Bolzen von zwei Seiten einen radialen Druck ausübt und hierdurch die Sicherung bewirkt. Wird die Mutter vom Bolzen abgeschraubt, so nimmt der obere Teil infolge der Elastizität des Materials seine schwache ovale Form wieder an. J. P.

unterstützungsberechtigten Arbeitslosen nachträglich der Fall des Streiks oder Aussperrung eintritt.

4. Der Zuschuß wird nur an solche Arbeitslose bezahlt, die bei Eintritt der Arbeitslosigkeit mindestens seit einem Jahre ununterbrochen in Straßburg wohnhaft sind.

5. Der Zuschuß beträgt 50 Prozent des Unterstützungsatzes, den der betreffende Arbeitslose jeweils von seinem Verein bezieht; der Höchstbetrag des städtischen Zuschusses ist jedoch 1 Mk. pro Unterstützungstag. Sobald sich ergibt, daß bei Gewährung von 50 Prozent der Gesamtjahresbetrag des städtischen Zuschusses 6000 Mk. übersteigen würde, tritt eine verhältnismäßige Kürzung des Zuschusses ein.

6. Der Zuschuß hört auf, wenn dem Arbeitslosen passende Arbeit im Beruf nachgewiesen wird.

7. Anspruch auf diesen städtischen Zuschuß haben diejenigen Vereine von Arbeitern und Angestellten, welche ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung gewähren, sofern sie bei dem Bürgermeisteramt einen entsprechenden Antrag stellen und sich den Bestimmungen dieser Ordnung unterwerfen.

8. Diese Vereine haben dem Bürgermeisteramt ihre Statuten und die jeweilige Ordnung ihrer Arbeitslosen-Unterstützungskasse einzureichen und diese Kasse von den übrigen Vereinszwecken getrennt zu verwalten. Sie haben ein laufendes Register zu führen, in welches regelmäßig eingetragen wird:

a) Name, Vorname, Wohnung, Beruf aller Mitglieder, die Arbeitslosenunterstützung erhalten.
b) Der Betrag der Unterstützung, die von der Kasse des Vereins dem Betreffenden statutengemäß geleistet wird.
c) Der Betrag, der seitens der Stadt pro Tag und Kopf des betreffenden Arbeitslosen zugeschossen wird.
d) Datum des Beginns der Arbeitslosigkeit sowie des Beginns der Unterstützungsberechtigung.
e) Die Anzahl der Tage der Arbeitslosigkeit sowie der Tage, für welche ein Unterstützungsanspruch besteht.

9. Die Vereine verpflichten sich, mit allen Kräften auf die möglichste Einschränkung der Arbeitslosigkeit bedacht zu sein. Die Mitglieder müssen sich deshalb im Falle der Arbeitslosigkeit spätestens am ersten Werktag nach Eintritt derselben auf dem städtischen Arbeitsnachweis eintragen lassen und sich dort täglich in der festgesetzten Stunde zur Kontrolle melden. Von dem Tage der ersten Eintragung beim städtischen Arbeitsnachweis beginnt die eventuelle statutarische Karenzfrist. Nur für diejenigen Tage, an denen die Meldung im Arbeitsnachweis nachgewiesen ist, wird der städtische Zuschuß bezahlt.

10. Die Vereine zahlen ihren Mitgliedern den Betrag des städtischen Zuschusses vorschußweise aus. In der ersten Hälfte jeden Monats reichen sie dem Bürgermeisteramt die Rechnung des vergangenen Monats mit der Abschrift ihrer Arbeitslosenliste ein. Wird die Rechnung nicht rechtzeitig eingereicht, so ist der städtische Zuschuß erst im folgenden Monat zu zahlen.

11. Die Vereine gestatten dem Beauftragten des Bürgermeisteramtes die Kontrolle ihrer Buchführung zum Zwecke der Beobachtung der Bestimmungen dieser Ordnung.

12. Jeder Betrug eines Vereinsmitglieds, um unberechtigterweise Zuschuß zu erhalten, bewirkt den Ausschluß des Betreffenden von der Zuschußgewährung auf die Dauer eines Jahres. Wird nachgewiesen, daß ein Beamter des Vereins im Einverständnis mit dem Betrüger gehandelt hat, so kann der Verein für ein Jahr von dem Bezug des städtischen Zuschusses ausgeschlossen werden.

13. Über Streitigkeiten aus dieser Ordnung entscheidet als Schiedsgericht ein Ausschuß aus der Aufsichtskommission der städtischen Arbeitsnachweisstelle. Derselbe besteht aus dem Vorsitzenden dieser Kommission und je einem der von dem Gemeinderat in diese Kommission gewählten Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Die letzteren Mitglieder werden von der Gesamtkommission gewählt.

14. Diese Ordnung tritt am 1. Februar 1907 in Kraft. Zum 1. Dezember 1907 ist dem Gemeinderat über die gemachten Erfahrungen eingehend zu berichten. (Correspondenzblatt.)

Die Entwicklung der Gewerkschaften in Rheinland-Westfalen.

Wiederholt ist über den erfreulichen Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung in Rheinland-Westfalen berichtet worden. Es zeigt, wie auch im industriell höchst entwickelten Teile Deutschlands trotz aller klerikalen und scharfmacherischen Gegenagitation, trotz der Tätigkeit der gelben Verbände die Arbeiterschaft mehr und mehr sich frei macht aus den Überlieferungen überkommener Ideologien und zum Klassenbewußtsein erstarkt. Es war ein langgehegter Wunsch der Gewerkschaften wie der Parteikreise, einmal ein genaueres und zusammenfassendes Bild der Entwicklung in den letzten Jahren zu besitzen. Die Düsseldorfer Gewerkschaftskommission hat nun durch Umfragen ein schätzenswertes Material gesammelt und über dasselbe auf der Hagener Kartellkonferenz Bericht erstatten lassen. Die statistische Zusammenstellung, auf die wir uns in nachstehendem stützen, rührt von dem Referenten, unserem Kollegen Wallbrecht-Düsseldorf her. Die

Gesamtstatistik

ergab folgendes Bild:

Industriegruppe	Zahl der Kart.	Zahl der Orts-Ver.	Zahl der Mitgl. 1. 7. 05	Zahl der Mitgl. 1. 7. 06	Zunahme	Beitragssumme Mk.
Bergbau	1	227	79659	79800	141	—
Metallindustrie	5	104	31599	39287	7688	786314,70
Holzindustrie	6	119	10497	12003	1506	178557,55
Baugewerbe	10	228	26262	37667	11485	451689,02
Graphische Gewerbe	5	105	6068	7159	1071	347125,87
Textilindustrie	1	51	10210	11482	1272	126279,20
Lederindustrie	3	46	1470	1734	264	27136,45
Bekleidungsindustrie	5	56	3331	4661	1330	48564,05
Handelsgewerbe	5	42	3026	3428	402	29963,91
Nahrungsindustrie	7	101	3601	4966	1365	39799,45
Sonstige	6	58	2614	4383	1769	42134,20
	54	1137	178377	206670	28293	2138110,11

Ein völlig getreues Bild gibt freilich auch diese Tabelle nicht. Es beruht dies darauf, daß einzelne Verwaltungen keine oder nur teilweise Angaben gemacht haben. So fehlen von den Schirmmachern und Glasarbeitern Angaben durchgehends. Die angegebene Zahl der Ortsvereine im Bergbau bezieht sich auf das Jahr 1905. Von den Kupferschmieden haben über den Mitgliederbestand am 1. Juli 1906 nur vier Verwaltungen berichtet. Die Zahlen in der letzten Spalte differieren sogar von der Wirklichkeit ziemlich erheblich. Außer den Glasarbeitern und Schirmmachern fehlen hier die Bergarbeiter, Böttcher, Lagerhalter, Fleischer und Zigarrensortierer, während Maurer und Kupferschmiede nur teilweise Angaben machten. Die Wirklichkeit ist also günstiger, als sie in vorstehender Tabelle erscheint. Über

die Entwicklung nach Berufen

orientieren die folgenden Übersichten:

Bergbau.

Industriegruppe	Ende 1903	Ende 1904	1. Juli 1905	1. Juli 1906	Zu- oder Abnahme 1905/06	Ortsvereine 1903	1904	1906
Bergarbeiter	45696	58000	79659	79800	+ 141	206	227	227

Industriegruppe	Ende 1903	Ende 1904	1. Juli 1905	1. Juli 1906	Zu- oder Abnahme 1905/06	Ortsvereine 1903	1904	1906
Metallindustrie.								
Graveure	—	—	346	342	— 4	—	—	11
Kupferschmiede (teilw. berichtet)	—	—	141	142	+ 1	—	—	4
Maschinisten	—	—	531	687	+ 156	—	—	12
Metallarbeiter	19356	25826	29579	37001	+ 7422	56	56	55
Schmiede	492	1001	1002	1115	+ 113	14	22	22
Gesamt	19848	26827	31599	39287	7688	70	78	104
Holzindustrie.								
Bildhauer	—	—	452	433	— 19	—	—	14
Böttcher	—	—	566	518	— 48	—	—	20
Holzarbeiter	4091	6743	8671	10198	+ 1527	51	51	61
Tapezierer	—	—	653	715	+ 62	—	—	20
Vergolder	—	—	154	132	— 22	—	—	3
Schiffszimmerer	—	—	1	7	+ 6	—	—	1
Gesamt	4091	6743	10497	12003	1506	51	51	119
Baugewerbe.								
Bauhilfsarbeiter	2570	4817	4803	6934	+ 2131	32	38	41
Dachdecker	255	616	803	1132	+ 329	17	18	25
Glaser	—	—	174	193	+ 19	—	—	6
Maler	1815	2498	3038	3345	+ 227	37	34	22
Maurer	6387	8761	12286	19120	+ 6834	37	41	41
Steinarbeiter	172	254	145	635	+ 490	9	7	13
Steinsetzer	183	600	493	783	+ 290	8	15	21
Stuckateure	—	—	1924	2326	+ 402	—	—	27
Töpfer	—	—	59	92	+ 33	—	—	3
Zimmerer	1813	2392	2527	3207	+ 680	33	34	39
Gesamt	13195	19958	26262	37667	+ 11485	173	187	228
Graphische Gewerbe.								
Buchbinder	—	—	804	965	+ 161	—	—	20
Buchdrucker	3380	3926	4242	5000	+ 758	46	50	58
Buchdr.-Hilfsarbeiter	—	—	33	74	+ 41	—	—	4
Formstecher	—	—	146	133	— 7	—	—	2
Lithographen	—	—	869	987	+ 118	—	—	21
Gesamt	3380	3926	6068	7159	+ 1071	46	50	105
Textilindustrie.								
Textilarbeiter	10676	9703	10210	11482	+ 1272	44	52	51
Lederindustrie.								
Lederarbeiter	—	—	100	122	+ 22	—	—	5
Sattler	—	—	426	489	+ 63	—	—	14
Schuhmacher	805	988	944	1123	+ 179	20	24	27
Gesamt	805	988	1470	1734	+ 264	20	24	46
Handels- und Transportgewerbe.								
Gastwirtsgehilfen	—	—	263	315	+ 52	—	—	6
Hafenarbeiter	—	—	311	702	+ 391	—	—	4
Handelsarbeiter	1418	2314	2125	2071	— 52	12	18	28
Handlungsgehilfen	—	—	231	203	— 28	—	—	3
Lagerhalter	—	—	98	137	+ 39	—	—	1
Gesamt	1418	2314	3026	3428	+ 402	12	18	42
Bekleidungsindustrie.								
Hutmacher	—	—	117	114	— 3	—	—	3
Kürschner	—	—	39	32	— 7	—	—	3
Schirmmacher	—	—	—	—	—	—	—	—
Schneider	1747	1875	2889	3437	+ 548	32	33	48
Wäschearbeiter	—	—	286	1078	+ 792	—	—	2
Gesamt	1747	1875	5331	4661	+ 1330	32	33	56
Nahrungs- und Genußmittelindustrie.								
Bäcker	—	—	418	555	+ 137	—	—	10
Brauer	—	—	1296	1232	— 64	—	—	24
Fleischer	—	—	—	37	+ 37	—	—	2
Konditoren	—	—	78	93	+ 15	—	—	2
Müller	20	100	52	114	+ 62	4	6	3
Tabakarbeiter	22	43	1555	2744	+ 1109	1	1	53
Zigarrensortierer	—	—	402	191	— 211	—	—	7
Gesamt	42	143	3601	4966	+ 1365	5	7	101
Sonstige Berufe.								
Barbiere	—	—	24	148	+ 124	—	—	7
Fabrikarbeiter	—	—	1279	1668	+ 389	—	—	15
Gärtner	—	—	255	355	+ 90	—	—	11
Gemeindearbeiter	—	—	602	1752	+ 1150	—	—	11
Glasarbeiter	—	—	—	—	—	—	—	—
Porzellanarbeiter	352	382	444	460	+ 16	11	13	14
Gesamt	352	382	2614	4383	+ 1769	11	13	56

Wo in den Rubriken sich keine Zahlenangaben finden, bestanden entweder in der fraglichen Zeit noch keine Organisationen oder aber es hat sich, was wohl zumeist zutrifft, nichts näheres ermitteln lassen. Zu den Tabellen selbst ist zu bemerken, daß die bei den Malern unter 1906 angegebene Ziffer nicht die Gesamtzahl der in Rheinland-Westfalen Organisierten darstellt; hinzukommen noch die in den beiden Provinzen der Organisation Angeschlossenen, die außerhalb des Bezirkes des Gauleiters wohnen. Was bei der Gesamttabelle von den Kupferschmieden gesagt wurde, daß sie nur teilweise berichtet haben, gilt natürlich auch von der Spezialübersicht.

Eine Abnahme haben 11 Organisationen (Zigarrensortierer, Brauer, Handelsarbeiter, Böttcher, Handlungsgehilfen, Vergolder, Bildhauer, Formstecher, Kürschner, Graveure, Hutmacher) um 465 Mitglieder, die übrigen 41 Organisationen eine Zunahme zu verzeichnen, die insgesamt sich auf 28758 beläuft, wie aus Tabelle I ersichtlich. Über die Mitgliederbewegung innerhalb der Verbände gibt folgende Zusammenstellung Auskunft, wobei die eingeklammerte die Zahl der Organisationen angibt, die auf diesen Punkt der Umfrage berichtet haben.

Industrieverbände	Aufnahmen	Ausgeschiedene	Zugereiste	Abgereiste
5 Metallindustrie	26133	15961 (5)	9036 (3)	10631 (3)
6 Holzindustrie	6467	3146 (5)	4170 (5)	5991 (5)
9 Baugewerbe	22553	2521 (7)	4244 (6)	7138 (6)
5 Graphische Gewerbe	2635	958 (5)	2373 (4)	2494 (4)
1 Textilindustrie	5899	4827 (1)	—	—
3 Lederindustrie	859	410 (2)	372 (2)	486 (2)
4 Bekleidungsindustrie	3332	1566 (4)	741 (4)	1181 (4)
5 Handel	2364	2000 (5)	90 (4)	152 (4)
5 Nahrungsmittelindustrie	3065	522 (3)	304 (2)	475 (2)
4 Sonstige	3613	1565 (4)	288 (3)	530 (3)
Gesamt	76301	33296	21618	29078
Organisationen	47	39	33	33

Das Mehr der Abgereisten über die Zugereisten beträgt also vom Juli 1905 bis Juli 1906 in den angegebenen Berufen nicht weniger als [illegible]. Damit ist endgültig die Auffassung zerstört, als verdanke die rheinisch-westfälische Arbeiterbewegung ihren Aufschwung teilweise den aus anderen Gebieten zureisenden Organisierten. Die beiden Provinzen geben im Gegenteil an das übrige Deutschland an organisierten Arbeitern nahezu ein Drittel dessen mehr ab, als was ihnen von dort zufließt.

Die Zahl der Kartelle in Rheinland-Westfalen betrug 56, der Arbeitersekretariate 19 (Aachen, Barmen, Bielefeld, Bochum, Cöln, Crefeld, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Gelsenkirchen, Hamm, Iserlohn-Lüdenscheid, Oberhausen, Recklinghausen, Remscheid, Saarbrücken, Solingen). Über die Kartelle orientiert nachstehende Zusammenstellung:

Sitz des Kartells	Nicht angeschl. Ende 1905	Zahl der Mitglieder	Nicht angeschl. Ende Juni 1906	Zahl der Mitglieder	Sitz des Kartells	Nicht angeschl. Ende 1905	Zahl der Mitglieder	Nicht angeschl. Ende Juni 1906	Zahl der Mitglieder
Aachen	—	—	—	—	Übertrag	26	12015	21	3191
Altena	1	8	1	4					
Barmen	1	1838	1	1338	Kreuznach	—	—	—	—
Bielefeld	1	6009	—	—	Küppersteg	—	—	—	—
Bocholt	1	15	1	30	Lippstadt	—	—	—	211
Bochum	—	—	—	—	Lüdenscheid	—	—	2	—
Bonn	1	?	—	—	Minden	—	—	—	—
Cöln	1	?	—	—	Mülheim, Ruhr	—	—	—	—
Coblenz	2	28	—	—	Mülheim a. R.	—	—	—	—
Crefeld	—	—	—	—	M.-Gladbach	4	?	4	?
Dortmund	1	1259	1	660	Münster	1	25	1	25
Düren	—	—	—	—	Oberstein	1	12	—	—
Düsseldorf	—	—	—	—	Oeynhausen	1	80	1	80
Duisburg	1	20	2	320	Paderborn	—	—	—	—
Elberfeld	3	2400	1	?	Plettenberg	—	—	—	—
Essen	—	—	—	—	Recklinghausen	—	—	3	—
Gelsenkirchen	1	35	1	7	Remscheid	—	—	—	—
Haspe	3	280	3	265	Ruhrort	—	—	—	—
Hattingen	—	—	—	—	Saarbrücken	—	—	2	77
Haan	—	—	—	—	Schwelm	—	—	—	—
Hagen	—	—	—	—	Siegen	1	48	1	45
Hamm	—	—	—	—	Soest	2	11	3	53
Herford	2	90	—	—	Solingen	1	8200	2	3200
Herne	1	13	1	90	Trier	1	126	1	126
Hilden	1	5	2	30	Unna	2	28	—	—
Hörde	2	486	3	389	Velbert	2	18	2	?
Hohenlimburg	—	—	—	—	Viersen	1	13	3	47
Iserlohn	2	11	3	40	Wanne	—	—	1	15
Kalk	1	18	1	18	Witten	1	20	1	20
Summa	26	12015	21	3191	Summa	47	15826	48	7040

Vertreten waren in 46 Kartellen 754 Ortsvereine mit (Ende 1905) 109474 Mitgliedern. Die Zahl der Karteldelegierten betrug 1612. Es wurden unterhalten Ende 1905 8 Gewerkschaftshäuser, 8 Zentralherbergen, 32 Zentralbibliotheken, 6 Lesezimmer. Ferner bestanden 11 Gewerbeinspektionskommissionen, 14 Kommissionen für Kost- und Logiszwecke, 29 Bauarbeiterschutzkommissionen, 11 Referentennachweise. Allgemeine Versammlungen wurden 1905 abgehalten 175, Berufsversammlungen 166. Die Gesamteinnahmen betrugen 208537, die Gesamtausgaben 208212 Mk. Auf die Gewerkschaften entfielen an Beiträgen 46179 Mk., auf Sammlungen 104107 Mk., auf sonstige Einnahmen 58251 Mk. Für Agitation wurden ausgegeben 8744 Mk., für Wahlen 5879 Mk., für Gewerkschaftshäuser 22731 Mk., für Sekretariate, Bibliotheken 27462 Mk., an Streikunterstützung 110482 Mk., für die Verwaltung 7809 Mk., für sonstige Zwecke 27141 Mk.

Das Verhältnis der gewerkschaftlich Organisierten zu den abgegebenen Stimmen bei der letzten Reichstagswahl ergibt sich aus nachfolgender Statistik:

Ausgabeort	Zeitungen	Reichstagswahlstimmen im Verbreitungsbezirk	Zahl der Kartelle	Zahl der Gewerkschaften Ende 1905
Cöln	Rhein. Zeitung	47245	9	24704
Elberfeld	Freie Presse	53227	10	10398
Bielefeld	Volkswacht	22572	7	8832
Dortmund	Arbeiter-Zeitung	65610	8	18239
Bochum	Volksblatt	48032	4	16008
Crefeld	Niederrh. Volkstrib.	15340	3	5398
Düsseldorf	Volkszeitung	21965	2	9679
Duisburg	Niederrh. Arb.-Ztg.	23284	3	7420
Solingen	Arbeiterstimme	17225	3	5260
Remscheid	Arbeiterstimme	21802	1	1378
Saarbrücken	Volkswacht	2329	2	2158
Gesamt	11	338651	52	109474

Es hat also nicht nur die politische, sondern auch die gewerkschaftliche Organisation noch ein weites Feld der Tätigkeit, ehe sie sich mit den abgegebenen Reichstagswahlstimmen in das rechte Verhältnis gesetzt hat.

Von Hirsch-Dunckerschen Ortsverbänden existieren in Rheinland-Westfalen 21 (Aachen, Barmen, Bochum, Cöln, Coblenz, Dortmund, Düren, Düsseldorf, Duisburg, Elberfeld, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Mülheim a. d. Ruhr, M.-Gladbach, Oeynhausen, Plettenberg, Ruhrort, Schwelm, Viersen, Witten). Arbeitersekretariate besitzen sie fünf (Düsseldorf, Duisburg, Hagen, Ruhrort, Witten).

Die christlichen Gewerkschaften verfügen in beiden Provinzen über 33 Kartelle und 29 Sekretariate. Erstere befinden sich in Aachen, Barmen, Bocholt, Bochum, Bonn, Cöln, Coblenz, Crefeld, Dortmund, Düren, Düsseldorf, Duisburg, Elberfeld, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herne, Iserlohn, Kalk, Lippstadt, Lüdenscheid, Mülheim an der Ruhr, M.-Gladbach, Münster, Paderborn, Remscheid, Ruhrort, Schwelm, Solingen, Trier, Viersen, Witten; die Arbeitersekretariate bestehen in Aachen, Bochum, Bonn, Cöln, Coblenz, Crefeld, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Elberfeld, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herford, Herne, Kreuznach, Lippstadt, Mülheim a. d. Ruhr, M.-Gladbach, Münster, Paderborn, Plettenberg, Remscheid, Ruhrort, St. Johann, Solingen, Trier, Viersen.

Zur Generalversammlung.

Es ist gewiß angebracht, zu der bevorstehenden achten Generalversammlung unseres Verbandes einige Betrachtungen darüber anzustellen, welche Aufgaben sie zu erfüllen haben wird. So wenig ich beabsichtige, über diese Aufgaben mit diesen Zeilen eine ausgedehnte Diskussion in unserem Verbandsorgan herbeizuführen, kann ich doch nicht umhin, auf einen Punkt, der meiner Ansicht nach im Interesse der Agitation der Änderung bedürftig ist, aufmerksam zu machen. Unsere Organisation betitelt sich heute Deutscher Metallarbeiter-Verband. Oberflächlich betrachtet, wäre dieser Titel ja auch der richtige. Wenn man aber etwas weiter darüber nachdenkt und in Betracht zieht, daß wir in Deutschland nicht nur deutsche, sondern auch gemischtsprachige Gegenden haben, so muß man zu der Überzeugung kommen, daß der Titel unserer Organisation durch einen anderen ersetzt werden muß. Das könnte dadurch geschehen, daß man statt der Worte Deutscher Metallarbeiter-Verband setzt: **Zentral-Verband der Metallarbeiter Deutschlands.** Unsere Gegner, von den Unternehmerorganisationen bis zu der polnischen Berufsorganisation, die im Jahre 1902 gegründet worden ist, suchen uns mit allen nur erdenklichen Mitteln das Wasser abzugraben. Besonders in den gemischtsprachigen Gegenden ist die Agitation eine sehr schwierige. In diesen Gegenden verstehen es die Gegner ausgezeichnet, die Nationalfrage in den Vordergrund zu stellen, deshalb muß ganz besonders dort die Betitelung der freien Gewerkschaften, soweit sie nicht schon, wie das bei den Maurern und Zimmerleuten der Fall ist, im angeführten Sinne abgeändert ist, veraltet. Von den Kaplänen auf der Kanzel bis hinab zu den Werkzeugen der gegnerischen Organisationen hält man den indifferenten Massen, indem man die Nationalität in den Vordergrund stellt, stets unseren Titel vor Augen. Man weist sie darauf hin, daß es ja schwarz auf weiß stände: Deutscher Metallarbeiter-Verband, folglich dürften demselben auch nur Deutsche angehören, nicht aber Polen, Dänen u. s. w. Man wird ja nun hiergegen einwenden, daß es Sache unserer Agitatoren sei, diesen Ver-

drehungen unserer Gegner entgegenzutreten und die Dinge richtig zu stellen. Wenn man aber Gelegenheit gehabt hat, besonders in den polnisch sprechenden Gegenden Agitation zu betreiben, so weiß man, mit welchen geradezu verbrecherischen Mitteln unsere Gegner die Agitation betreiben. Es ist geradezu empörend, mitansehen zu müssen, wie blindlings die indifferente Masse diesen Verrätern, weil sie die Nationalität in den Vordergrund stellen, ins Verderben folgt. Wollen wir, daß ein großer Teil unserer Arbeitsbrüder nicht geradezu in die Arme unserer Feinde getrieben wird, so müssen wir ihnen eines ihrer wirksamsten Agitationsmittel rauben, indem wir unsere Benamsung im angeführten Sinne ändern. — Ferner wird die achte Generalversammlung nicht umhin können, den Beitrag abermals um 5 oder 10 Pf. zu erhöhen. Die großen Kämpfe und Aussperrungen im Jahre 1906 haben gezeigt, daß wir mit einem Beitrag von 50 Pf. nicht auskommen, wenn wir unsere schweren Kämpfe auch fernerhin durch eigene Kraft führen wollen. Die Kämpfe in den letzten Jahren haben mich von einem Gegner zu einem Befürworter hoher Beiträge gemacht. So schwer es ja in den schlecht bezahlten Gegenden den Kollegen fallen wird, einen noch höheren Beitrag zu zahlen, so wird doch ein dauernder Beitrag von 55 oder 60 Pf. nicht so abschreckend auf die Mitglieder wirken, als ein vorübergehender Extrabeitrag von 25 oder 30 Pf. Dies hat der im vorigen Jahre dreizehn Wochen lang erhobene Extrabeitrag von 25 Pf. klar bewiesen, dessen Wirkung sich erst im dritten Quartal 1906 deutlich gezeigt hat. Wo nicht eine Abnahme der Mitglieder zu verzeichnen gewesen ist, ist doch mindestens ein Stillstand eingetreten. Will der Verband seinen Verpflichtungen gegen die Mitglieder zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen nachkommen und nicht zu einer bloßen Unterstützungskasse herabsinken, müssen ihm auch die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Es ist nicht gut angebracht, während eines großen Ringens mit den Unternehmern Extrabeiträge zu erheben, da diese gerade während des Kampfes einen Teil der nicht ganz sattelfesten Kollegen ins Wanken bringen, zugleich aber die Unternehmer dadurch zu weiterem Aushalten angespornt werden. Aus all den angeführten Gründen wird die nächste Generalversammlung über eine Erhöhung des Beitrags in der angegebenen Höhe nicht hinwegkommen. Es ist daher angebracht, die Mitglieder schon jetzt zu informieren und in den Mitgliederversammlungen darüber zu diskutieren.

G. Gegner, Neuwied a. Rh.

Eines der wichtigsten Probleme, mit denen sich unsere gesetzgebende Körperschaft, der nächste Verbandstag, beschäftigen wird und auch beschäftigen muß, ist unzweifelhaft die Einführung von Staffelbeiträgen. Es erscheint daher angebracht und zweckmäßig, schon jetzt das Für und Wider einer derartigen Einrichtung zu erwägen. Ist auch die Materie selbst nicht neu, haben doch Anträge hierzu bereits den Verbandstagen in Berlin und Leipzig vorgelegen, so erscheint es doch angebracht, sie kritisch zu beleuchten. Um so mehr, da die Entwicklung der Metallindustrie, ihr Aufblühen, ihre Prosperität förmlich dazu zwingen, zum Nutzen unseres Verbandes zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen. Während seit Bestehen des Verbandes es stets dessen Aufgabe gewesen ist, die Mitglieder durch Einführung von zweckmäßigen Einrichtungen dauernd an sich zu fesseln und der Fluktuation vorzubeugen, hat die Erfahrung gezeigt, daß mit den heute bestehenden festen Beiträgen in einer Klasse für männliche und einer Klasse für weibliche Mitglieder den Agitationsverhältnissen nicht mehr Genüge geleistet wird; das heißt daß es durch ständiges Hinaufschrauben der Beiträge nicht mehr möglich ist, alle in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter zur Organisation heranzuziehen. Forscht man den Gründen dafür nach, so findet man bei oberflächlicher Prüfung zwar den Grund, daß noch nicht genügende Aufklärung unter den indifferenten Kollegen und auch Kolleginnen geschaffen ist, um sie zum Beitritt zur Organisation zu bewegen. Sieht man aber genauer zu, so ist doch zu merken, daß infolge der Riesenkämpfe, die von Jahr zu Jahr in immer schärferem Maße in der Metallindustrie zwischen Unternehmern und Arbeitern entbrennen, die vermißte Aufklärung zum größten Teile doch vorhanden ist, jedoch die hohen Beiträge sehr viele vom Beitritt zu unserer Organisation zurückschrecken und sie sich lieber, weil die Notwendigkeit einer Organisation doch erkannt ist, solchen mit niedrigen Beiträgen zuwenden. Und hier liegt der Hase im Pfeffer. Hätte unser Verband bereits die Staffelbeiträge, so könnte derartiges nicht geschehen, so wäre es nicht möglich, daß andere Organisationen mit niedrigen Beiträgen, die überall hingehören, nur nicht in die Metallindustrie, hier ihr Domizil aufschlagen und namhafte Zahlen von Mitgliedern aufweisen. Daß dem so ist, davon können die Verwaltungen in den Großstädten, besonders die Berliner, ein Lied singen. Rühmt sich doch die Verwaltungstelle Berlin des Handels- und Transportarbeiter-Verbandes in ihrem Verwaltungsbericht vom Jahre 1905, in der Elektroindustrie 2000 Mitglieder zu besitzen. Ähnlich so der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter-Verband. Was um alles in der Welt haben diese Organisationen in der Metallindustrie zu suchen? Aber es muß festgestellt werden: mit regem Eifer werden von ihnen Mitglieder geworben. Aber erst, nachdem die besser entlohnten, die gelernten Arbeiter bereits organisiert sind und Aufklärungsarbeit bei den schlechter entlohnten verrichtet haben. Demnach sieht es jetzt so: die anderen Organisationen, die kein Recht haben, in der Metallindustrie Mitglieder zu werben, ernten dort, wo der Deutsche Metallarbeiter-Verband gesät hat. Dem darf aber nicht untätig zugesehen werden. Da drängt sich die Frage auf: Wie ist diesem Übelstand abzuhelfen? Einzig und allein durch Einführung von Staffelbeiträgen, da eine präzise Festlegung der Grenzen, innerhalb deren eine Organisation Mitglieder werben darf, vom nächsten Gewerkschaftskongreß nicht zu erwarten ist, höchstens ein unverbindliches Geplänkel darüber. Es ist ohne weiteres klar und auch natürlich, daß das Bestreben unter den Arbeitern vorhanden ist, die Höhe des Beitrags zur Organisation nach der Höhe des Einkommens zu regeln. Dem muß und kann auch Rechnung getragen werden, da die Schwierigkeiten, die sich der Einführung von Staffelbeiträgen entgegenstellen, nicht so groß sind, um nicht bewältigt werden zu können. Sind doch die technischen Schwierigkeiten bei der Einführung der Arbeitslosenunterstützung überwunden worden, also wird es auch hier gehen. Gewiß kann eingewendet werden: in mancher kleinen Verwaltungstelle und nicht nur in diesen haperte es häufig schon bei den Berechnungen der Arbeitslosenunterstützung, nun erst bei der Erwerbslosenunterstützung und dann noch bei den Berechnungen der Staffelbeiträge. Da mag einem Pessimisten wohl ein Grauen ankommen, aber wer der Sache ohne alle Voreingenommenheit gegenübersteht, wird sich einem solchen Gefühl nicht hingeben, da der Verband als Ganzes bis dato seine Aufgaben gelöst hat. Bemerkt muß werden, daß insofern Schwierigkeiten entstehen, als in manchen, wohl meist kleineren Orten, weil dort fast einheitliche Lohnsätze existieren, nur eine Klasse der Staffelbeiträge zur Einführung gelangen würde, während in Großstädten die Löhne derart abgestuft sind, daß sämtliche Klassen zur Anwendung gelangen müßten. Die Schwierigkeiten liegen in der richtigen Berechnungsweise bei Änderung des Arbeitsortes. Festgelegt muß ferner werden, daß nur zu ganz bestimmten Zeitabschnitten, entweder halbjährlich oder jährlich, der Übertritt aus einer Klasse in die andere erfolgen kann. Dabei muß jedoch den weiblichen Mitgliedern, für die in der Regel eine Klasse wohl ausreichen dürfte, das Recht eingeräumt werden, durch Zahlung des höheren Beitrags in eine höhere Klasse einzurücken. Die Klassifizierung der Leistungen des Verbandes selbst dürfte weniger Schwierigkeiten begegnen. Alles in allem genommen ist eine ruhige Prüfung der Frage am Platze. Doch wird es nur zum Nutzen unserer Organisation sein, wenn die Staffelbeiträge eingeführt werden. Über die Notwendigkeit derselben eine Diskussion in der Metallarbeiter-Zeitung herbeizuführen, dazu sind diese Zeilen bestimmt. Mögen sich recht viele Kolleginnen und Kollegen, aber auch der Hauptvorstand, daran beteiligen.

Julius Bethge.
Berlin.

Schon im Jahre 1904 versuchten einige Kollegen, für die Klassifizierung der Beiträge Stimmung zu machen. Mit welchem Erfolg, das hat die Generalversammlung in Leipzig gezeigt. Schreiber dieses war früher ein strikter Gegner der Einführung klassifizierter Beiträge, er ist jedoch aus einem Saulus zum Paulus geworden. Die Gründe, die mich dazu bewogen haben, will ich hier darzulegen versuchen. Jeder Kollege wird wohl mit mir darüber einig sein, wenn ich sage, daß die Kollegen in kleinen Orten, dank der immerwährenden Steigerung der notwendigen Lebensmittel und der steigenden Lasten für Staat und Gemeinde, womit die Lohnverhältnisse nicht gleichen Schritt gehalten haben, an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit in puncto Beitragsleistung für die Gewerkschaft angelangt sind. Da nun damit der Arbeiter noch lange nicht seine volle Pflicht erfüllt hat, weil er als klassenbewußter Arbeiter auch gegen die politische Organisation Pflichten zu erfüllen hat, so hat der Beitrag von wöchentlich 50 Pf. tatsächlich eine Höhe erreicht, die, wenn sie überschritten wird, für die betreffenden Kollegen unerschwinglich ist und verursacht, daß viele Kollegen, besonders in kleineren Orten und in Bezirken, in denen die Löhne auf dem niedrigsten Niveau stehen, aus dem Verband austreten oder ihm fernbleiben. Dem hier Gesagten kann nun mit Recht entgegengehalten werden, daß die Unterstützungen, die der Verband gewährt, ganz der Beitragsleistung entsprechen. Das ist nun wohl richtig, denn in Gewährung von Unterstützungen bei Krankheiten ist der Verband wohl etwas über seine Kraft hinausgegangen. Da der Verband die Unterstützungsätze nach der Beitragsleistung festgesetzt hat, so können meiner Ansicht nach sich die Kollegen der Orte und Bezirke mit niedrigeren Löhnen damit vollständig zufrieden geben, anders aber steht es bei den Kollegen, die in Großstädten leben, wo die Lebenshaltung eine viel teurere ist. Diesen Kollegen ist mit den Unterstützungsätzen durchaus nicht gedient, sie sind bei Arbeitslosigkeit, Streik oder Maßregelung gegenüber den Kollegen in kleineren Orten sehr im Nachteil. Es ist wohl nicht nötig, dieses näher zu begründen, da jeder Kollege, der schon einmal den Wechsel hat durchmachen müssen, es am eigenen Leibe erfahren hat. Aus diesem Grunde drängt sich uns die Frage auf: auf welcher Basis ist es möglich, diese scheinbare Ungerechtigkeit (ich sage scheinbare, denn in unserem Verband wird doch nach dem demokratischen Prinzip gehandelt: Gleiche Pflichten, gleiche Rechte) zu beseitigen? Da möchte ich den Kollegen empfehlen, die von mir unten angeführten Beitragsätze einer Diskussion zu unterziehen, um der Statutenberatungskommission Material zu liefern. Die von mir angeführten Sätze sollen durchaus nicht bindend sein, sondern sie sollen nur einen Weg zeigen, auf dem sich die Diskussion bewegen soll. — Der Grundbeitrag im Deutschen Metallarbeiter-Verband beträgt wöchentlich 50 Pf. für männliche, 20 Pf. für weibliche Mitglieder. Hier bleiben die Unterstützungsätze die bisherigen. In Orten, wo der Durchschnittsverdienst wöchentlich 21 Mk. für erwachsene Arbeiter beträgt, ist ein Beitrag von 60 Pf. zu zahlen. Die Unterstützungsätze bleiben bei Arbeitslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit dieselben wie bisher, die Streik- und Maßregelungsunterstützungen werden um 1 Mk. die Woche erhöht. In Orten, wo der Durchschnittsverdienst eines erwachsenen Arbeiters wöchentlich 24 Mk. beträgt, ist ein Beitrag von 75 Pf. zu zahlen, die Unterstützungsätze der beiden erstgenannten Unterstützungsarten werden um 1 Mk. die Woche erhöht, die beiden letztgenannten um 2 Mk. die Woche. In Orten, wo der Durchschnittsverdienst wöchentlich 27 Mk. und mehr beträgt, ist ein Beitrag von 1 Mk. zu zahlen. Die Unterstützungsätze werden bei Arbeitslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit um 2 Mk. die Woche erhöht, die Streik- und Maßregelungsunterstützung um 3 Mk. die Woche, und für jedes Kind werden 1,50 Mk. Unterstützung gewährt. Jedoch dürfen die Unterstützungsätze in Klasse I nicht mehr als 19 Mk., die in Klasse II nicht mehr als 20 Mk., die in Klasse III nicht mehr als 21 Mk. und die in Klasse IV nicht mehr als 24,50 Mk. betragen. Auch soll es jedem Kollegen unbenommen sein, in eine höhere Klasse zu steuern. Der bis jetzt bezahlte Extrabeitrag ist nicht mit einzurechnen, sondern nach wie vor zu zahlen. An die Klassifizierung der Beiträge für weibliche Mitglieder wage ich mich nicht heran, da mir irgendwelches Material über die Löhne der in Metallbetrieben beschäftigten weiblichen Personen nicht zur Verfügung steht. Dieses können am besten die Kollegen, die mehr Fühlung mit den betreffenden Betrieben haben oder im Besitz von Statistiken über Lohnverhältnisse in Betrieben mit weiblichen Personen sind. Sollte ich durch diesen Artikel die Kollegen veranlaßt haben, dieser Frage näher zu treten, so wäre der Zweck erfüllt. Die Diskussion wird ja zeigen, inwieweit die Kollegen mit diesem Vorschlag einverstanden sind.

Otto Brumme, Glauchau.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 3. Februar der **6.** Wochenbeitrag für die Zeit vom **3.** bis **9. Februar** 1907 fällig ist.

* * *

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 4 Abs. 3 des Verbandstatuts gestattet:

Der Verwaltungstelle **Neumünster** 5 Pf. pro Woche und Mitglied.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

* * *

Ausgeschlossen werden nach § 3 Abs. 8a des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Dortmund:**

Der Klempner Josef Heurich, geb. am 24. Juni 1856 zu Bielitz, Buch-Nr. 826698, wegen Betrug.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Feuerbach:**

Der Gürtler Wilh. Knödel, geb. am 17. September 1880 zu Cannstatt, Buch-Nr. 631932, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Gelsenkirchen:**

Der Klempner Wilh. Lankau, geb. am 14. Juni 1873 zu Berlin, Buch-Nr. 800331, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Hanau:**

Der Former Anton Grübel, geb. am 18. Juni 1878 zu Ravensburg, Lit. A. Buch-Nr. 12845, wegen Betrug.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Kassel:**

Der Installateur Karl Bretscher, geb. am 21. Januar 1877 zu Kassel, Buch-Nr. 955339;
der Installateur J. J. Hartleib, geb. am 28. Mai 1865 zu Berlin, Buch-Nr. 955372;
der Klempner Friedr. Heyne, geb. am 22. Juli 1872 zu Bettenhausen, Buch-Nr. 894123;
der Klempner Karl Lampe, geb. am 18. April 1869 zu Hilwartshausen, Buch-Nr. 894054;
der Klempner Otto Lanz, geb. am 5. Dezember 1869 zu Hirschstein, Buch-Nr. 420049;
der Installateur Jakob Pfalz, geb. am 29. Dezember 1881 zu Wehrda, Buch-Nr. 700779;
der Kupferschmied Paul Radewitz, geb. am 6. April 1883 zu Brandenburg, Buch-Nr. 955340;
der Installateur Gottfr. Schwan, geb. am 6. Januar 1881 zu Kassel, Buch-Nr. 955337;
der Installateur Aug. Ussinger, geb. am 29. Juni 1878 zu Kassel, Buch-Nr. 630385, sämtliche wegen Streikbruch.

* * *

Nicht wieder aufgenommen werden darf:

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Zorge:**

Der Former Wilh. Fischer, geb. am 12. Oktober 1866 zu Zorge, Buch-Nr. 438801, wegen unkollegialem Verhalten.

* * *

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen den gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschluß aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Gelsenkirchen:**

Der Klempner Hermann Remmers, geb. am 30. Nov. 1873 zu Friedrichsroda, Lit. A. Buch-Nr. 9749, wegen Unterschlagung und Betrug.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Hamm:**

Der Klempner Karl Hauschild, geb. am 15. Februar 1882 zu Neuwied, Lit. A. Buch-Nr. 18794, wegen Unterschlagung von Beitragsmarken.

* * *

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Möte-Straße 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten:

von **Drehern** und **Hoblern** nach Brackel b. Dortmund (L. Schwarz & Co.) D.;

von **Feilenhauern, Schleifern** und **Härtnern** nach Köln, Mülheim a. Rh., Kalk und Höhenberg L.; nach Staßfurt (Müller & Greif) A.;

von **Flaschnern** nach Konstanz (Hummel) D.;

von **Formern, Eisengießereiarbeitern** und **Kernmachern** nach Aachen D.; nach Altena i. Westf. (Basse & Selve) Mi.; nach Barmen (Jäger, Baresbeck) St.; nach Blankenburg a. H. St.; nach Duisburg (Firma Ulfers, früher Eisenwerk Schmid) M.; nach Düsseldorf D.; nach Elbing (Firma Kommick) Str.; nach Essen (Maschinenfabrik Union) Mi.; nach Gnoien i. M., M.; nach Kirchheim u. T. (Borst & Grüninger) D.; nach München-Gladbach (Haubold & Co.) M.; nach Oschersleben (Bartels) M.; nach Osterholz-Scharmbeck, D.; nach Stetten bei Lörrach (Währer) St.;

von **Gürtlern, Pressern, Metallformern** und **Ziseleuren** nach Offenbach a. M. (Firmen Wildmann, Bombach) St.;

von **Kesselschmieden** und **Blechschweißern** nach Mülheim a. Rhein (Th. Lamien) M.; nach Richterswyl, Schweiz, Str.;

von **Metallarbeitern** aller Branchen nach Bochum Westfalen (Stahlwerk) D.; nach Brandenburg (Corona-Fahrradwerke) L.; nach Feuerbach (Gretsch & Co.) M.; nach Halle a. S. (Firma Thomann) M.; nach Kaiserslautern; nach Kalk bei Köln (Breuer, Schumacher & Co., Werkzeugmaschinenfabrik) D.; nach Kulmbach (Firma Pensel) M.; nach Luckenwalde, A.; nach Mügeln (Firma G. Greisenhahn) D.; nach Mülheim a. Ruhr (Richard Cleff) M.; nach Offenbach a. M. (Rivoir) St.; nach Richterswyl (Schweiz), Str.; nach Stargard (Wischer) D.; nach Weimar (Metallnippesfabrik M. Kiesling) Mi.; nach Zürich L. u. St.;

von **Metallarbeitern** nach sämtlichen Schwarzwaldorten;

von **Silberarbeitern** nach Hanau und Umgebung (einschließlich Sachsenhausen) D.;

von **Schlägereiarbeitern** und **Schmieden** nach Gevelsberg (Firma Tellinghaus) St.;

von **Schleifern** nach Wien V. B. (Firma F. Schwarz) D.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, **die überhaupt zu meiden sind;** v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; E.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungstelle beglaubigt sein.

Aus den einzelnen Branchen.

De danske Blikkenslagere!

For ca. halvanden Aar siden rejste der sig en Bevaegelse blandt de danske Blikkenslagere i Udlandet, i Andledning af Blikkenslager Forbundet i Danmark stuar nden Forbindelse med de tilsvarende udenlandske Forbund. Sagen blev först fört frem i Mainz af Kollegaerne der, som indsendte en Skrivelse til Forbundet i Danmark. Senere blev der i en Aar arbejdet videre fra Zürich, men da Forbundet stadig forholdt sig tavs, da indsendtes en Resolution, underskrevet af 80 danske Kollegaer i Udlandet. Men endnu har Forbundet ikke forandret Stilling ud over dette, der har indbudt den forhvilende Formand F. H. Raith fra „Dansk Blikkenslager Club" i Zürich til et Möde i Köbenhavn. Paa dette Möde kan forhaabentlig opnaaes en Forstaaelse af dette saa vigtige Spörgsmaal. Vi anbefaler derfor de danske Blikkenslagere, til at give deres Tilslutning til fölgende:

„De danske Blikkenslagere i Udlandet beklager meget at Blikkenslager Forbund i Danmark endnu ikke har faaet Forbindelse med de udenlandske Forbund, da dette er meget uheldigt, idet Forbundet under en eventuelt store Konflikt vil kunde göre Regning paa pekuniaer Understöttelse fra Udlandet, og paa den Maade bedre kunde understötte Medlemmerne. Men ogsaa for de Kollegaer, som rejser ud af Landet, er det uheldigt, idet de maa give Afkald paa de Rettigheder, som de have opnaaet derhjemme, d. v. s. de kunde ikke have nogen Understöttelse, förend efter et Aars Medlemskab i det fremmede Forbund. Ligeledes vi, som ud over fem Aar opholder os i Udlandet, og da vender tilbage til Danmark. Derfor maa vi paa det bedste anbefale Blikkenslager Forbund i Danmark at de slutter dem til de udenlandske Forbund."

Kollegaer som ere i Overenstemmelse med denne Artikkel, bedes at sende et Brevkort underskrevet tydeligt Navn og Födeby til Karl Weitzel, Adr. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Es wird ersucht, in Deutschland arbeitende dänische Klempner auf diesen Aufruf aufmerksam zu machen.

Korrespondenzen.

Feilenhauer.

Remscheid. Seit neun Wochen stehen die in der Hausindustrie beschäftigten Raspelhauer im Streik, weil vom Arbeitgeber-Verband jede Verhandlung mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband über eine Neuregelung des Tarifs von 1904 abgelehnt wurde. Gleichzeitig wurde den Arbeitern mitgeteilt: „Den Raspelhauern ist bereits am 20. März 1906 mitgeteilt worden, daß es abgelehnt werden muß, schon jetzt wieder über Lohnforderungen zu verhandeln. Seit 20. März 1906 ist nichts eingetreten, was eine andere Stellungnahme der Fabrikanten rechtfertigen könnte. Diesen Beschluß bringen wir hiermit zu Ihrer Kenntnis." Infolgedessen traten von 86 in der Hausindustrie von Remscheid und Umgegend Beschäftigten (einschließlich

Lehrlinge) 48 Mann in den Streik. Alle Versuche, eine Einigung herbeizuführen, scheiterten. Jetzt will man behaupten, daß man bereit gewesen sei, mit einer Kommission der Streikenden zu verhandeln. (Der Remscheider Generalanzeiger läßt sich so berichten.) Davon ist uns nichts bekannt gegeben worden. Die Streikenden haben erklärt, daß sie zum Verhandeln bereit seien, jedoch nur mit einer Kommission der Arbeitgeber. Soll der Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ausgeschaltet werden, dann muß bei den Verhandlungen auch der Geschäftsführer des Arbeitgeber-Verbandes zurücktreten. Trotz aller Anstrengungen des Arbeitgeber-Verbandes haben 13 Arbeitgeber bewilligt, so daß die Hoffnung besteht, daß in nächster Zeit allgemein eine Einigung erzielt wird. Bis jetzt ist kein Streikbrecher zu verzeichnen, es haben sich sogar vorige Woche noch vier Kollegen solidarisch erklärt und die Arbeit niedergelegt. Besonders machen wir die Kollegen in der Schmalkaldener Gegend aufmerksam, falls ihnen Raspeln zum Hauen angeboten werden, dieselben zurückzuweisen.

Former.

Oschersleben. Musterwerkstätten sind die Eisengießereien von Bartels und Bölte. Da bei der ersten Firma das verwendete Eisen sehr minderwertig ist, so kommt es des öfteren vor, daß der Guß nicht gebraucht werden kann. Den Schaden wälzt die Firma auf die Former ab. Auch kommt es des öfteren vor, daß bis spät in die Nacht gegossen werden muß. Infolge des allzulangen und überanstrengenden Arbeitens kann niemand dafür garantieren, daß seine Arbeit nicht zum Ausschuß gerechnet wird. Des weiteren hat diese Firma ein sogenanntes Spareinlagensystem eingeführt. Den Lehrlingen, die vier Jahre lernen und auch noch ein Jahr als Geselle bei der Firma zu arbeiten sich verpflichten müssen, wird regelmäßig ein gewisser Betrag von ihrem Lohne einbehalten. Die Hälfte davon erhalten sie nach vollendeter Lehrzeit, die andere Hälfte nach dem ersten Gesellenjahr ausbezahlt. Auf diese Weise sucht sich die Firma stets willfährige Arbeiter zu erhalten. Das Betragen des Chefs ist gerade kein besonders anständiges zu nennen. Wenn sich Arbeiter bei ihm wegen ungerechtem Lohnabzug beschweren wollen, empfängt er sie mit Schimpfwörtern. — Bei Bölte sind die Mißstände noch bedeutend größere. Nicht allein, daß die Former für den Ausschuß verantwortlich gemacht werden, fehlt es auch an dem notwendigsten Handwerksgerät. Es fehlt an groben und halbfeinen Sieben, an Klammern, Holzschrauben und kleinen Lampen. Während die Firma Bartels bereits Schränke angeschafft hat, hält es diese Firma nicht für nötig, ihren Arbeitern solche zur Verfügung zu stellen. Wascheinrichtungen sind nicht vorhanden. Die Aborte spotten jeder Beschreibung. Diese Firma hat ein famoses Strafsystem eingeführt. Wenn ein Arbeiter abends bis spät in die Nacht hinein gearbeitet hat und am nächsten Morgen nicht zur rechten Zeit am Platze ist, wird er mit 50 Pf. bestraft. Auch muß er bis zur Frühstückszeit warten, bevor er in die Fabrik hineinkommt. Er muß also auch noch zwei Stunden versäumen. — Aber endlich sind die Arbeiter aufgewacht, sie wollen sich nicht länger als Sklaven behandeln lassen. — Als dritte im Bunde ist noch die Maschinenfabrik von Odesse zu nennen. Die meisten der dort arbeitenden Kollegen denken, wenn sie nur tüchtig Überstunden machen können, dann seien sie die glückseligsten Menschen auf Erden. Daß sie sich aber ihre Gesundheit damit ruinieren, sehen sie nicht ein. Da nun die Fabrik in die Hände eines anderen Besitzers übergegangen ist, wollen wir hoffen, daß die Kollegen den jetzigen Inhaber nicht an die Überstunden gewöhnen. Möge er nur einen anständigen Lohn zahlen, dann bekommt er auch mehr Arbeiter; die Fabrik ist groß genug, es können darin noch sehr viele Arbeiter beschäftigt werden. Welcher Arbeiter kann denn bei den heutigen teuren Zeiten mit so niedrigem Lohne auskommen? Wir hoffen, daß sich die Kollegen dieses Betriebs ihren Kollegen der beiden erstgenannten Betriebe in kurzer Zeit anschließen werden.

Gold- und Silberarbeiter.

Gmünd (Schwäb.). Als die Bewegung der Gold- und Silberarbeiter beendigt zu sein schien, wurden von unserer Ortsverwaltung Erhebungen veranstaltet, ob die getroffenen Vereinbarungen von den Unternehmern auch eingehalten werden. Dabei stellte sich heraus, daß bei Ed. Kucher (Bijouteriefabrik) der Punkt 4 der Vereinbarungen nicht in allen Teilen eingehalten wird. In diesem Punkte ist enthalten, daß die Akkordarbeiter die Preise zur Übernahme der Akkordarbeit schriftlich mitgeteilt bekommen. Da dies bei der Firma nicht geschah, sah sich unsere Ortsverwaltung veranlaßt, dazu Stellung zu nehmen. Zunächst durch ein Schreiben an den Arbeitgeber-Verband, in dem der Mißstand mitgeteilt wurde. Nach erfolgtem Vorhalt des Arbeitgeber-Verbandes bei Ed. Kucher ließ dieser seinen berühmten Arbeiterausschuß rufen. Was geschah? Statt daß die Mitglieder des Arbeiterausschusses, die dort in Akkord beschäftigt sind, die Nichteinhaltung des Vereinbarten bestätigten, erklärten sie: „Ich für meinen Teil weiß, was ich verdient habe, wenn die Woche herum ist." Und dies, trotzdem unser Verbandskollege im Arbeiterausschuß (nebenbei bemerkt, nicht Akkordarbeiter) erklärte: „So viel er wisse und ihm schon von den Akkordarbeitern mitgeteilt wurde, wäre es zutreffend, daß die Akkordarbeiter den Preis des Artikels vor Übernahme der Arbeit nicht schriftlich mitgeteilt bekommen." Mit der Redensart: „Ich weiß trotzdem, was ich verdient habe, wenn die Woche herum ist," ist selbstverständlich den übrigen zahlreich dort beschäftigten Akkordarbeitern nicht gedient, denn bei der Firma Ed. Kucher erfahren die Akkordarbeiter erst zehn Minuten oder eine Viertelstunde, bevor sie ihren Lohn erhalten, was sie die Woche hindurch verdient und welchen Preis sie für die einzelnen Artikel erhalten haben. Trotz der Vereinbarung in Punkt 4. Diese Mißstände könnten ja leicht beseitigt werden, wenn man mit den dort beschäftigten Arbeitern auch reden könnte, oder vielmehr, wenn man mit ihnen reden dürfte. In diesem Falle wäre vielleicht die Sache, ohne die Öffentlichkeit beschäftigen zu müssen, beigelegt worden. Daß man mit diesen Arbeitern nicht reden darf, dafür sorgt und wacht eine — Arbeiterorganisation, von der hier schon öfter gesagt wurde, sie vertrete mehr die Interessen der Unternehmer als die der Arbeiter. Diese „Arbeiterorganisation" ist der Christlich-soziale Metallarbeiter-Verband, an dessen Spitze hier als Sekretär ein Herr Gerhard steht. Hier wird aber diese Angelegenheit sehr viel gemunkelt. Es heißt sogar, daß die Christlichen deshalb vom Besuch einer vom Deutschen Metallarbeiter-Verband einberufenen Versammlung durch Gerhard abgehalten wurden, um dem Zentrumsführer und Hauptaktionär der hiesigen Zentrumszeitung (Herrn Kucher) nicht zu nahe zu treten. Dies wird auch dadurch bestätigt, daß die Christlichen zur gleichen Zeit in ein anderes Lokal bestellt wurden. Dort solle zwar ein Beschluß gefaßt worden sein, der [illegible] geheim gehalten werden. — In einem Schreiben, das der hiesige Arbeitgeber-Verband bei einer anderen Gelegenheit an uns richtete, ersuchte er, wir möchten, bevor wir bei derartigen Angelegenheiten an die Öffentlichkeit treten, den Sachverhalt ihm mitteilen, es werde dann dafür gesorgt, daß die Sache in Ordnung komme. Aber was nützt es, mit Tatsachenmaterial, das gegen eine Firma spricht, an den Arbeitgeber-Verband heranzutreten, wenn nach erfolgtem Vorhalten die „christlichen" Arbeiterausschußmitglieder bei jenem Unternehmer nicht den nötigen Mut besitzen, das zu bestätigen, was nun einmal ist? Es ist aber auch nicht zu verwundern, wenn derartiges von christlichen Arbeitern geschieht, hat doch seinerzeit der Herr Arbeitersekretär Groß, als die Arbeiter sich gegen die Einführung der Akkordarbeit wehrten, gesagt: „Es wäre doch nicht notwendig gewesen, daß man gleich zu den Sozialdemokraten in den [illegible] springe, da es doch auch „christliche" Gewerkschaften gebe." Dieser Ausspruch besagt genug. Wenn nicht eine Anzahl der dort Beschäftigten, darunter Mitglieder des „christlichen" Verbandes, das schwache Rückgrat gezeigt hätten und die Sache nicht [illegible] wäre, dann wäre es uns nicht in den Sinn gekommen, dagegen etwas zu unternehmen, da wir schon früher die Erfahrung machen mußten, daß ein großer Teil der dort beschäftigten Arbeiter keinen Charakter hat. Und wenn sich dann noch die Führer einer Arbeiterorganisation dazu hergeben, die Leute von einer Versammlung abzuhalten, in der die angeführten Tatsachen durch Annahme einer Resolution erörtert werden sollen, dann bedauern wir alle die Kollegen, die solchen Arbeiterführern noch Gehör schenken. Oder glaubt vielleicht Herr Gerhard, wir sollen ihm zuvor mitteilen, um was es sich in einer solchen Werkstattversammlung handelt? Wenn dies der Fall sein sollte, dann müßte allerdings von den „Christlichen" auch in dieser Beziehung mit gutem Beispiel vorangegangen werden. — Daraus ersehen unsere Kollegen, mit welchen Leuten wir es hier zu tun haben. Auf der einen Seite haben wir einen Unternehmer, der für „Wahrheit, Freiheit und Recht" zu kämpfen vorgibt. Wenn aber der Arbeiter die Wahrheit sagt und für sein Recht eintritt, dann fliegt er aufs Pflaster, von Freiheit wollen wir bei solchen Leuten überhaupt nicht reden. Auf der anderen Seite eine Arbeiterorganisation, die ebenfalls bestrebt sein will, für das Recht des Arbeiters einzutreten, aber das Gegenteil davon tut. Daß die hiesigen Christlichen der Arbeiterschaft schon geschadet haben, dafür können wir noch andere Beweise beibringen. Kollegen, betrachtet doch die Unternehmer. Bei ihnen gibt es keine konfessionellen Unterschiede, sie haben dennoch oder vielmehr gerade deshalb eine gute Organisation. Aber den Arbeitern wollen die Führer der Christlichen glauben machen, es wäre die Religion der Arbeiter gefährdet, wenn sie bei uns Mitglied sind. Über den Terrorismus, den diese „Christen" gegen unsere Mitglieder bei jeder Gelegenheit ausüben, werden wir uns in nächster Zeit einmal gründlich aussprechen.

Metallarbeiter.

Berlin. Während wir es hier in letzter Zeit absichtlich vermieden haben, mit den Hirschen in Berührung zu kommen, höchstens daß wir dem einen oder anderen einmal, wenn er zu frech wird, eins „hinter die Horchlöffel" gaben, benützt der Regulator und seine Leute selbst die von uns in der vorletzten Nummer der Metallarbeiter-Zeitung gebrachte Zusammenstellung der Berliner Neunstundenbewegung zum Stänkern. Würde der Schreiber besagter Notiz des Regulators lesen können, dann fände er ja selbst, daß zu der Bemerkung über Markotti keinerlei Veranlassung vorlag. Ganz abgesehen davon, daß unsere Kollegen es waren, die den Gewerkverein bei Markotti gedrängt haben. Aber selbst wenn die Bemerkung des Herrn J. (Jordan?) richtig wäre, dann wäre doch an dem ganzen Bilde nichts wesentliches geändert. Wenn das richtig ist, was Jordan „berichtigt", dann wären es also nicht 81201, sondern 81131 Stunden, die an Arbeitszeitverkürzung erzielt wurden. Und wegen solcher Lappalie wird der „kostbare" Raum des Regulators in Anspruch genommen. Die Schlußbemerkung, daß an der Neunstundenbewegung auch zirka 1000 Mitglieder des Gewerkvereins beteiligt waren, zeigt so recht, wie der Deutsche Metallarbeiter-Verband die Interessen aller Metallarbeiter wahrnimmt. Es zeigt sich hier, daß es sich die Hirsche recht gern gefallen lassen, wenn die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für sie die Kastanien aus dem Feuer holen. Allerdings, wenn in irgend einem Falle die Sache schief gegangen wäre, dann hätten wieder einmal die Hirsche als gekränkte Leberwürste die Arbeit nicht mit niedergelegt und dies damit begründet, daß sie vorher nicht mit zu Rate gezogen worden seien! Die Spitzbubentaktik der Hirsche ist ja bekannt. Wir hätten zu der Zusammenstellung in Nr. 3 der Metallarbeiter-Zeitung nichts weiter gesagt, sondern die Zahlen ruhig wirken lassen; nun aber, da die Hirsche auch einen Teil des Erfolges für sich in Anspruch nehmen, wollen wir ausdrücklich feststellen: Der Erfolg der Berliner Neunstundenbewegung ist einzig und allein das Verdienst der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Die Hirsche haben nur insofern mit dieser Bewegung etwas zu tun, als sie in den betreffenden Betrieben eine Anzahl Mitglieder haben, denen die Verkürzung der Arbeitszeit eben auch zugute kommt. Es ist eben wieder einmal die Überflüssigkeit des Gewerkvereins bewiesen, wenigstens soweit die Interessen der Arbeiter in Frage kommen; für die Unternehmer ist das Bestehen des Gewerkvereins ja von großer Wichtigkeit. Wo nähme man sonst wohl die Keilbrüder her? Die Hirsche werden ja nun wieder gewaltig in heuchlerischer Entrüstung machen, weil wir den Gewerkverein als schädlich erklären. Aber das schadet nichts. Wir gehen unseren Weg unbeirrt weiter. Daß wir recht haben, kann man gegenwärtig bei dem hier tobenden Kampfe in der Holzindustrie beobachten. Da begehen die Hirsche dieselben Niederträchtigkeiten, wie so oft schon in der Metallindustrie.

Bernburg. Die Firma Sächsisch-Anhaltische Armaturenfabrik und Metallwerke, Aktiengesellschaft, zu Bernburg sucht fortwährend in den auswärtigen bürgerlichen Blättern **tüchtige Eisendreher.** Verschiedene Kollegen sind auf den Leim gegangen und haben in der Bude zu arbeiten angefangen. Da sie aber nichts verdienen konnten, haben sie sehr bald dem Eldorado den Rücken zugekehrt. Man würde es nicht glauben, daß die Preise für die großen Armaturen, die nur auf den großen Planbänken zu machen sind, so niedrig sind, wenn man dieses nicht von einer glaubhaften Person erfahren hätte. Wir geben zu, daß die älteren Dreher, die schon mehrere Jahre in der Bude beschäftigt sind, noch etwas verdienen, aber für die großen Bänke, da muß wohl erst ein Dreher geboren werden, der bei den niedrigen Preisen so viel verdient, daß er damit eine Familie ernähren kann. Von den älteren Drehern wird wohl auch keiner die zwei Planbänke übernehmen wollen, denn sonst wären sie auch besetzt. Ob nun der Herr Direktor Zierath oder der Drehermeister Schürz die Verantwortung darüber hat, kann nicht festgestellt werden, aber eins wissen wir, daß der Meister Schürz es vor einigen Jahren in der Armaturenfabrik der Firma [illegible] zu Merseburg vom Gesellen zum Meister gebracht hat. Dort hat er sich gegen seine früheren Kollegen nicht gut betragen. Während der Krise hat er es sehr gut verstanden, die Akkordpreise aufs äußerste herabzudrücken. Er wurde deshalb auch nach einer Beschwerde der Arbeiter von der [illegible] Fabrik sofort entlassen. Dem Herrn Direktor Zierath paßt nun ein solcher Meister, denn einen Mann, der noch einigermaßen mit seinen Arbeitern Fühlung hat, kann man nicht gebrauchen. Das beweist der letzte Wechsel der Meister in der Gelbgießerei. In den Kontraktformularen für Meister steht ausführlich, daß sie nur dann zu gebrauchen sind, wenn sie sich verpflichten, alle Obliegenheiten eines ordentlichen Meisters zu erfüllen, mit „Lust und Liebe" die ihnen unterstellten Leute zu behandeln und **anzuspannen** (auch die Lehrlinge). Ein solcher Kontrakt beweist, daß der „freisinnige" Direktor solche Meister lieb hat, die es verstehen, die Leute anzutreiben, damit, wenn das Jahr herum ist, recht viel Dividende ausgeschüttet werden kann, die aus den Arbeiterknochen herausgepreßt ist. Der Kontrakt, den die Lehrlinge erhalten, beweist ebenfalls, daß nur deren Ausbeutung in erster Linie in Frage kommt. Es wäre noch vieles über diese Bude zu schreiben, wahrscheinlich meldet sich ein Kollege aus [illegible] zum Worte, der wird manche Klagelieder singen können wegen seiner hiesigen Meisterherrlichkeit. Das eine steht fest: er sehnt sich zu den Zierathschen Fleischtöpfen nicht wieder zurück, ebensowenig der frühere Meister B. Der Kollege aus [illegible] wurde nun in der Gelbgießerei als Meister eingestellt. Sein Wunsch war, daß er die Bude bald wieder verlassen könne, aber auf Zureden des Direktors ist er wieder geblieben. Beweis also, daß er zu gebrauchen war. Aber die Freude war nur kurz, es wurde ihm gekündigt. Dabei wurde es ihm vom Direktor freigestellt, seine Stelle sofort oder innerhalb vier Monaten zu verlassen. Als aber der Kollege fort wollte, weil er bereits eine Stelle hatte, da wurde er nicht freigegeben. Den Kollegen wird es interessieren, zu erfahren, daß sein Nachfolger auch den Staub der Bude abgeschüttelt hat. Wer weiß, wie lange der neue Gießermeister in der Bude bleibt. Hoffentlich geht es ihm dann nicht so wie dem [illegible] Kollegen, daß er erst um seinen Gehalt zu klagen hat.

Frankenthal. (Die Brüder in Christo und ihre Wahrheitsliebe.) In Nr. 3 des Organs der „christlichen" Metallarbeiter ist ein Versammlungsbericht enthalten, der von Gemeinheit und Verlogenheit strotzt. Zum ersten Male wurde in Frankenthal bei den Wahlen zum Gewerbegericht nach dem Proportionalsystem gewählt. Für die Wahl wurde von der Stadtbehörde nur ein Wahllokal zur Verfügung gestellt, trotzdem 2700 Wähler in der Wählerlisten eingetragen waren. Der Andrang war [illegible], der Saal war von Beginn bis zur Beendigung der Wahl gedrängt voll. Die freien Gewerkschaften erhielten 1500, die Christlichen 250 Stimmen. Im „christlichen" Metallarbeiter wird nun die Behauptung aufgestellt, daß weitere [illegible] Stimmen auf die Christlichen gefallen wären, wenn unsere Kollegen nicht das Wahllokal besetzt gehabt hätten. Tatsache ist aber, daß viele Mitglieder der freien Gewerkschaften umkehren mußten, da es unmöglich war, zu wählen, das Wahlbureau konnte die Arbeit nicht bewältigen. Der Wahlvorsteher erklärte selbst, daß in Zukunft zwei Wahllokale gestellt werden müßten. Wer nun die hiesigen Verhältnisse kennt, kann sich eines Lächelns nicht erwehren, wenn er die christliche Aufschneiderei betrachtet. Von den Christlichen wurde ein Flugblatt aus der Gladbacher Sudelküche bezogen, das sie durch Kinder verbreiten ließen. Schämten sich die Christlichen wohl gar des Inhaltes dieses Machwerkes? Darin wurden unsere Frankenthaler Kollegen als Bauchrutscher vor den Unternehmern hingestellt. Weiter wurde uns Haß gegen das Christentum u. s. w. vorgeworfen. Eine von uns einberufene Versammlung, die von über 900 Personen besucht war, befaßte sich mit dem Flugblatt. Kollege Fischer, der referierte, verlangte von den Christlichen den Beweis dafür, daß die freien Gewerkschaften schon Bauchrutscherei vor den Unternehmern getrieben hätten. Weiter wies er unter anderem auf die Zersplitterungsarbeit und die Verräterei des „christlichen" Gewerkschaftsführers Tremmel in Mannheim hin, der sich als Streikbrecheragent der Unternehmer schon wiederholt bemerkbar gemacht hat. Ein Arbeiter, der noch etwas auf sich hält, könne diesen Leuten kein Vertrauen entgegenbringen. Von den Christlichen waren drei „Führer" in der Versammlung erschienen. Zwei von diesen (Langer und Ersinger) versuchten, nach Jesuitenmanier ihre Unschuld zu beteuern. Sie wollten sich nur die Berechtigung erkämpfen, dabei mitzuhelfen, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Die Versammlung forderte sie auf, die in dem Flugblatt enthaltenen Schmähungen zu beweisen. Als einer der Herren die Versammelten als Kollegen anredete, protestierten sie dagegen. In dem christlichen Organ werden nun der Referent und der Genosse Prüll als Dummköpfe und als ihrer Aufgabe nicht gewachsen hingestellt. Dann wird behauptet, es wäre die Redezeit auf zehn Minuten herabgesetzt worden. Der Vorsitzende betonte nur, daß sich die Diskussionsredner kurz fassen sollten, da bis 9 Uhr der Saal geräumt sein müßte und daß viele Versammlungsbesucher aus den umliegenden Ortschaften da wären, die später keinen Bahnanschluß hätten. Als eine Verleumdung muß es bezeichnet werden, wenn in dem „christlichen" Papier behauptet wird, vom Vorstandstisch aus sei aufgemuntert worden, die „Christlichen" zu attackieren. Erlogen ist auch, wenn der „christliche" Scherrer behauptet, den Kollegen Fischer darauf aufmerksam gemacht zu haben, daß er ihn für das, was den Christlichen passieren könnte, verantwortlich machen werde. Scherrer hat den Kollegen Fischer nur gefragt, ob er bald zu Worte käme, und da hat sich herausgestellt, daß Scherrer sich nicht einmal gemeldet hatte. Fischer hat dem Scherrer seine Verwunderung ausgedrückt, daß der „Ehrentremmel" von Mannheim nicht erschienen sei, er fügte freilich hinzu, daß es hier nichts zu fischen gebe. Die Herren mußten als blamierte Europäer ihre heimatlichen Gefilde aufsuchen; daß sie darüber ärgerlich wurden und Rache brüteten, ist leicht begreiflich. Auch hier hat es sich wieder bestätigt: „Das ist die Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft." Seit der Versammlung hat der Deutsche Metallarbeiter-Verband hier weitere hundert Mitglieder aufgenommen. Wie wird's dir, schwarzer Kattel? Wenn die Herren noch eine Gastrolle geben wollen, wir stehen zur Verfügung.

Hamburg. Bei der Lohnbewegung der **Elektriker** vor zwei Jahren haben diese mit den Unternehmern einen Lohntarif abgeschlossen, der heute noch maßgebend ist. Jedoch macht in letzter Zeit eine Firma eine Ausnahme. Es ist dies die „Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft Hamburg", Dammtorstraße. Diese Firma hat sehr viele Arbeiten in der Umgegend von Hamburg auszuführen. Sie versucht, dabei vorzugsweise zugereiste Kollegen zu beschäftigen, was ihr auch in weitestem Maße gelingt. Im allgemeinen könnte man dagegen ja nichts einwenden, wenn die Firma diesen auch den tarifmäßigen Lohn bezahlen würde, oder wenn die zugereisten Kollegen nur nach unserem Tarif arbeiten würden. Leider ist beides nicht der Fall. Nach unserem Tarif beträgt die tägliche Arbeitszeit 9 Stunden. Die Zugereisten müssen aber, sobald sie auswärts tätig sind, bei dieser Firma 10 Stunden arbeiten. Auch wird dabei der Mindestlohn von 50 Pf. die Stunde nicht bezahlt. Außerdem erhalten die hiesigen Kollegen, falls sie auswärts arbeiten, eine Auslösung von 2,50 oder 3 Mk. den Tag, was bei den zugereisten Kollegen ebenfalls ausfällt. Daß unter diesen Umständen die hiesigen Kollegen die Zugereisten für nichts anderes als Lohndrücker ansehen, dürfte begreiflich sein. Ebenso begreiflich ist es auch, daß dieses für die Zugereisten, wenn sie Verbandskollegen sind, recht unangenehm ist. Dieses läßt sich aber sehr gut vermeiden. Diese Zeilen sollen bezwecken, daß unsere Kollegen, bevor sie nach Hamburg kommen, sich bei der hiesigen Verwaltung erkundigen, wie es in dem Betrieb, wo sie anfangen können, aussieht. Ganz besonders möchten wir hierauf unsere Kollegen aus Süddeutschland aufmerksam machen, da die genannte Firma dort häufig Elektriker in den Zeitungen sucht.

Weingarten b. Ravensburg. In Nr. 49 des „christlichen" Metallarbeiters wird von einer durch den „christlichen" Gauleiter Kollofrath mit großem Erfolg durchgeführten Lohnbewegung geredet und behauptet, die Firma (Maschinenfabrik Weingarten) hätte auf Drängen des kleinen Gernegroß die Arbeitszeit verkürzt und eine allgemeine Lohnerhöhung von 2 bis 4 Pf. die Stunde gewährt. Das ist wieder eine Verdrehung der Tatsachen durch diesen christlichen Kohlreferenten. Die Firma hat allerdings die Arbeitszeit von 11 auf 10½ Stunden reduziert und es soll bis April die zehnstündige eingeführt werden. Die Lohnerhöhung wurde jedoch nicht allgemein, sondern nur für die Arbeiter zugestanden, die in Stundenlohn arbeiten. Alles das ist aber ohne das Zutun des Kollofrath geschehen; es waren wie immer die Kollegen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die auch dieses Mal bei der Direktion vorstellig wurden und Verbesserungen beantragten. Die Herren Christen lügen sich selber in die Tasche, um die Arbeiter zu düpieren. Wie unverfroren sie im Lügen und Verdrehen sind, das haben sie bei ihren öffentlichen Versammlungen in Weingarten und Ravensburg gezeigt. Die ganzen „Referate" Kollofraths und Rödlachs bestanden in wüstem Geschimpf über die freien Gewerkschaften. Sekundiert wurde diesen allerchristlichsten Lügenpeitern noch von dem Grünschnabel Ziegelmaier, dem sogenannten 15 Pf.-Dreher. Je unfähiger diese Leute im Handwerksberuf sind, desto größer haben sie das Maul im Hervorheben ihres Christentums, das nur darin besteht, die freien Arbeiter zu denunzieren und Streikbrecherdienste zu leisten. Ihren so religiösen Sinn haben sie besonders damit bekundet, daß sie ehrliche, für ihre Arbeitsbrüder kämpfende freie Gewerkschafter als Gauner und Schufte hinzustellen versuchten. Von den Kollegen Föll und Keller gründlich abgeführt und gebührend gekennzeichnet, wußten sie nichts anderes zu tun als echt „christlich" Radau zu machen. Auf Wiedersehen in Ravensburg!

Rundschau.

Die Reichstagswahlen

haben ein der Regierung und dem Hottentottenblock günstiges Resultat ergeben. Der 25. Januar wird in der Geschichte des deutschen Volkes einen dunklen Punkt bilden. Nach den Erfahrungen, die das deutsche Volk mit dem Kartellreichstag von 1887 gemacht hat, hätte man erwarten dürfen, daß nicht wieder ein so großer Teil der Wähler sich das Gehirn durch die schwindelhafte Wahlmache und die gemeinen Lügen über die Sozialdemokratie umnebeln und in das Lager der Reaktion ziehen lassen würde. Aber das Unglaubliche ist Tatsache. Das Va banque-Spiel ist der Regierung geglückt, sie wird im neuen Reichstag eine sichere Mehrheit für alle Fälle haben. Nach den vorliegenden Nachrichten wird zwar das Zentrum ungeschwächt aus dem Kampfe hervorgehen, aber die Sozialdemokratie hat leider einen großen Mandatverlust erlitten, der selbst bei einem günstigen Ausfall der Stichwahlen nicht ausgeglichen werden kann. Die Sozialdemokratie hat von den bisherigen Sitzen 28 im ersten Wahlgang behauptet, 21 verloren, 1 neu erobert und steht in zirka 90 Stichwahlen.

Es gilt nun alle Kräfte einzusetzen, um die Scharte vom 25. Januar so gut als möglich bei den Stichwahlen auszuwetzen. Der Vorwärts sagt in seiner ersten Betrachtung über das Wahlresultat: „Noch ist nicht das geringste verloren. Durch emsige, intensive Arbeit kann mehr als nachgeholt werden, was vor der Hauptwahl versäumt worden ist. Vorwärts zu neuer Arbeit, zu neuem Kampf! Alle Kräfte müssen eingesetzt werden!" — Wir erwarten, daß alle unsere Kollegen ihre volle Schuldigkeit tun werden.

Zu den Stichwahlen

erläßt der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei folgenden Aufruf:

Parteigenossen!

Die Hauptwahlen sind vorüber. Wir haben eine Anzahl Mandate, in manchen Kreisen auch Stimmen verloren. Dagegen ist in vielen, auch in den der Partei entgangenen Wahlkreisen ein bedeutender Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Eine Würdigung der Ursachen dieses Ausganges behalten wir uns vor. Für heute gilt es, Stellung zu nehmen zu den vielen Stichwahlen, bei denen wir beteiligt sind.

Parteigenossen!

Vor allem handelt es sich darum, bei für uns aussichtsvollen Stichwahlen alles aufzubieten, um durch Heranziehung unserer Reserven und durch Aufwendung stärkster Agitation den Sieg zu erringen.

Alle Kräfte müssen aufgeboten werden, um in diesen Kreisen die eroberten Sitze im Reichstag zu vermehren!

Bei **Stichwahlen** zwischen gegnerischen Parteien empfehlen wir, nach folgenden Grundsätzen zu verfahren:

Unter keinen Umständen dürfen Konservative, Reichspartei, Bund der Landwirte, Antisemiten und Nationalliberale eine sozialdemokratische Stimme bei den Stichwahlen erhalten.

Für die anderen Parteien empfehlen wir folgende Stellungnahme unserer Genossen:

Voraussetzung für die Unterstützung einer dieser Parteien bei den Stichwahlen muß die Verpflichtung des Kandidaten sein, daß er

1. gegen jede Verschlechterung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes stimmen wird;

2. daß er jeden Versuch, das Koalitionsrecht einzuschränken, unbedingt zurückweisen wird;

3. daß er sich gegen jedes wie immer geartete Ausnahmegesetz erklären wird.

Nachdem diese Erklärungen abgegeben sind, empfehlen wir den Kreiswahlkomitees die Entscheidung, ob ein solcher Gegner bei der Stichwahl sozialdemokratische Unterstützung finden soll, unter der Würdigung der Persönlichkeit des Gegners zu treffen. Unter keinen Umständen aber darf einem Kandidaten eine sozialdemokratische Stimme zufallen, der die aufgestellten Bedingungen nicht akzeptiert.

Parteigenossen! Das Interesse der Partei erfordert bei der gegenwärtigen Wahlsituation die strikte Innehaltung dieser Stichwahlparole.

Vorwärts zum energischen Kampfe und Siege in den Kreisen, in denen wir uns noch einmal mit den Gegnern zu messen haben. Mit Anspannung aller Kräfte wird es gelingen, noch in vielen Kreisen die Gegner niederzuringen.

Berlin, 27. Januar 1907. Der Parteivorstand.

Gewerkschaftliches.

Der Verband der Deutschen Buchdrucker hat nunmehr 50000 Mitglieder. Das Verbandsorgan feiert dieses erfreuliche Ereignis in einem längeren Leitartikel.

Der Vorstand des Verbandes der Graveure, Ziseleure und verwandter Berufsgenossen hat für vier Wochen den Verbandsbeitrag auf eine Mark wöchentlich erhöht.

Die Aussperrung der Berliner Holzarbeiter hat bei weitem nicht den großen Umfang angenommen, den die Scharfmacher prophezeit haben. Am 24. Januar betrug die Gesamtzahl der Ausgesperrten einschließlich der Herausgezogenen nur 6765. Die Fräsereibesitzer, bei denen Maschinenarbeiter beschäftigt werden, die Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes sind, sollen sich mit den Unternehmern solidarisch erklärt und gleichfalls Entlassungen vorgenommen haben. Auch die Möbelhändler unterstützen die Unternehmer, indem sie ihnen Aufschub der Lieferungen ermöglichen. Andererseits haben sich auch die Arbeiter anderer Branchen solidarisch erklärt. So die Maler, Polierer und Anstreicher, die in der Küchenmöbelbranche beschäftigt sind, ferner die Bildhauer, von denen bereits 46 ausgesperrt worden sind. Eine Versammlung der Bildhauer beschloß, sich dem Vorgehen des Holzarbeiter-Verbandes anzuschließen, wenn dieser die Nichtausgesperrten aus den Betrieben zieht. Ferner wurde die sofortige Erhebung eines Extrabeitrags von 1,50 Mk. wöchentlich beschlossen. — Wie groß der Nutzen ist, den das Kleinhandwerk davon hat, wenn es sich von den Scharfmachern ins Schlepptau nehmen läßt, geht daraus hervor, daß zwei Oberscharfmacher in der Holzindustrie namens Bry (ein millionenschwerer Holzhändler) und Platen schon dabei sind, in Berlin-Ost eine Riesentischlerei mit 1100 Hobelbänken zu errichten. Sie rechnen natürlich darauf, daß die Aussperrung eine Anzahl von Kleinmeistern ruinieren wird. Eine bequeme Gelegenheit für die Großunternehmer, deren Kundschaft an sich zu reißen. Hoffentlich nehmen die Kleinmeister in anderen Orten und anderen Industriezweigen diesen Fall ein wenig ad notam. — Die Holzhirsche, die bei dieser Gelegenheit gezeigt haben, daß sie im Sperrebruch ebenso fix sind wie die Metallhirsche, stoßen natürlich, nachdem sie angenagelt worden sind, in dasselbe Horn wie diese. Sie wollen keine Schuld daran haben. Uns Metallarbeitern ist eine solche Handlungsweise von Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinlern freilich nichts neues.

Errichtung einer Schlosser-Berufsgenossenschaft.

Schon seit längerer Zeit ging der Verband deutscher Schlosserinnungen mit der Absicht um, eine eigene Berufsgenossenschaft zu gründen. Der Vorstand des Verbandes hatte an den Bundesrat einen dahin zielenden Antrag gerichtet und an das Reichsversicherungsamt, das den Antrag zunächst begutachten mußte, eine Abschrift der Eingabe gesandt. Am 4. Januar fand im Reichsversicherungsamt eine Konferenz statt, zu der drei Vertreter des Verbandsvorstandes hinzugezogen worden waren. Von den Vertretern des Reichsversicherungsamtes wurden folgende schwere Bedenken hervorgehoben: Die durch Gründung einer eigenen Berufsgenossenschaft erstrebte schwächere Belastung wird — wie das Beispiel der Schmiede-Berufsgenossenschaft erkennen läßt — gerade in das Gegenteil umschlagen. Es wurde weiter darauf hingewiesen, daß nach § 100 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes die kleinen Unternehmer, die erst seit dem Jahre 1900 versicherungspflichtig geworden seien, doch nur 40 Prozent der Umlage zu zahlen hätten. Diese Wohltat würde den kleinen Meistern verloren gehen, sobald sie eine eigene Berufsgenossenschaft ins Leben rufen. Als ganz unmöglich erscheine aber auch die Abgrenzung der einzelnen Berufsgenossenschaften voneinander. Was solle in Zukunft zu den Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaften, was zur Schmiede-Berufsgenossenschaft, was zur Schlosser-Berufsgenossenschaft gehören? Jede würde danach streben, sich auszudehnen, möglichst viele Betriebe in sich zu schließen und die Folge wäre ein Streit ohne Ende. Durch die Trennung würden aber auch die bestehenden Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaften zum Teil empfindlich geschädigt, so daß Bedenken wegen ihres Weiterbestehens nicht von der Hand zu weisen seien. Niemals würde aber der Bundesrat eine langjährig bestehende, segensreich wirkende Einrichtung aufgeben oder auch nur beschränken zugunsten einer neuen, von der man nicht weiß, wie sie arbeiten wird, ja, ob sie überhaupt bestehen kann. Den Vertretern des Innungsverbandes wurde deshalb empfohlen, die Angelegenheit auf dem nächsten Verbandstag noch einmal zu besprechen und den Antrag zurückzuziehen. Es wurde ihnen in Aussicht gestellt, daß ein Regierungsrat zu dem Verbandstag entsendet werde, um die Ansicht des Reichsversicherungsamtes zu begründen.

Ohne ausführliches statistisches Material kann man natürlich nicht entscheiden, was für unsere in den Schlossereien beschäftigten Kollegen vorteilhafter ist, eine eigene Schlosser-Berufsgenossenschaft oder die Zugehörigkeit der Schlossereien zu einer größeren Berufsgenossenschaft. Wahrscheinlich das letzte, was auch die Meinung des Reichsversicherungsamtes zu sein scheint. Man kann allerdings darüber in Zweifel sein, ob der Vertreter des Reichsversicherungsamtes an die Arbeiter oder an die Unternehmer gedacht hat, als er von der „segensreichen Einrichtung" sprach. Das Hauptmotiv der Schlosserinnungsmeister zur Gründung einer eigenen Berufsgenossenschaft geht aber aus den Schlußsätzen der Bekanntmachung des Verbandsvorstandes, der wir diese Mitteilungen entnehmen, hervor. Darin heißt es: „Jedenfalls aber müssen wir uns mit dem Gedanken vertraut machen, daß infolge der bestehenden schweren Bedenken der langjährige Wunsch auf eine eigene Berufsgenossenschaft für das Schlosserhandwerk nicht in Erfüllung geht. Der ideale Vorteil für den Verband, nämlich in der eigenen Berufsgenossenschaft das gesetzliche Bindemittel einer großen Gemeinschaft zu finden, geht freilich verloren, nicht aber die Erkenntnis, daß der feste Zusammenschluß aller deutschen Schlossermeister zu einer Vereinigung des ganzen Handwerkes außerordentlich notwendig ist!" Das war also die Absicht der Herren Innungsmeister, bei denen die Scharfmacher die erste Geige spielen. In einer besonderen Berufsgenossenschaft hätte man auch die nicht den Innungen angehörenden Schlossermeister nett beisammen gehabt. Da wäre es leicht möglich gewesen, sie auch noch in die Innungen hineinzudrängeln. Obwohl es uns im Prinzip nur recht sein kann, wenn auch die Unternehmer sich organisieren, so können wir doch froh sein, daß dem Verband der Schlosserinnungen sein Plänchen mißlungen ist. Vorläufig ist in diesem noch Scharfmacherei Trumpf.

Gelbe Wahlspitzel.

In der vorigen Nummer (Seite 31) mußten wir von den Machenschaften des Hauptmanns a. D. Laves, eines der brutalsten Scharfmacher an der Wasserkante, berichten. Die von diesem Herrn auf den Howaldtswerken in Dietrichsdorf bei Kiel vor einiger Zeit ins Leben gerufene gelbe Gewerkschaft, offiziell „Zuschußkasse" genannt, hielt kurz vor der Reichstagswahl eine Versammlung ab. Dort wurden nicht etwa Kassenangelegenheiten verhandelt, sondern es handelte sich lediglich um die Wahl. Es verstand sich natürlich von selber, daß die „Kasse" sich für den Kandidaten des ordnungsparteilichen Kassenblocks ins Zeug zu legen habe, der, nebenbei bemerkt, früher als Ingenieur auf den Howaldtswerken angestellt war und entlassen wurde, weil er dem gewesenen Hauptmann nicht die gebührende Ehrfurcht bezeigen wollte. Doch das schadet nichts; die bürgerlichen Parteien sind dort dermaßen auf dem Hund, daß sie keinen anderen Kandidaten erwischen konnten. Die Herren Gelben haben ja ohne Zweifel das Recht, die Rolle der Kälber zu spielen, die ihre Metzger selber wählen. Dabei blieb es aber nicht. Es wurde ihnen auch zugemutet, daß sie zu Denunzianten werden sollen. Es wurde ihnen empfohlen, während der Wahlzeit ihre Arbeitskollegen zu beobachten und es unverzüglich zur Anzeige zu bringen, wenn ein Arbeiter sich als Sozialdemokrat hervortue. Die Denunzianten sollten aber „nicht alle zusammen nach vorn (ins Direktionsgebäude) laufen", sondern sie sollten ihre Anzeige „unauffällig" beim Meister anbringen, der dann schon für das weitere sorgen werde. Wirklich, der Kandidat des ordnungsparteilichen Hottentottenmischmasches im siebenten schleswig-holsteinischen Wahlkreis kann sich auf diese Art von Wahlhilfe etwas einbilden.

Wie aus Kiel noch weiter berichtet wird, scheint auch auf der Kaiserlichen Werft das bisher nur im stillen protegierte System der Bespitzelung der Arbeiter nunmehr offiziell anerkannt worden zu sein. Hier wurde — ebenfalls einige Tage vor der Wahl — den Werkstattvorständen des Ressorts IV (Maschinenbau) vom Oberbaurat befohlen, streng auf die Durchführung der Bestimmung der Arbeitsordnung zu achten, wonach jede sozialdemokratische Agitation mit Entlassung bedroht ist. Unter Agitation sei besonders das Verbreiten von Flugschriften, das Sammeln zum Wahlfonds u. s. w. zu verstehen. Die Meister wurden verpflichtet, alle derartigen Fälle sofort zu melden. Ferner wurde ihnen eröffnet, daß für Überwachung der Arbeiter Sorge getragen werde. Daraus kann man nur schließen, daß in den Reihen der Arbeiter selbst die Denunzianten verborgen sind. Ein nichtswürdiges Geschmeiß, das sich zu solchen Schurkereien hergibt! Zu bewundern ist nur der — sagen wir — kindliche Wahn der Werftgewaltigen, auf so tölpelhafte Art und Weise die Fortschritte der Arbeiterbewegung auf den Werften hemmen zu können. Kiel liegt weder in Saarabien noch in Ostelbien, und die Scharfmacher in Zivil und in Marineuniform werden sich vergebens bemühen, dort saarabische oder ostelbische Zustände einzuführen.

Das Ergebnis der Vertreterwahlen zum Reichsversicherungsamt

wurde im Dezemberheft der Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes veröffentlicht. Danach wurden die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und der Zentralkommission der Krankenkassen Deutschlands empfohlenen Vertreterlisten in den Abteilungen der gewerblichen und der See-Unfallversicherung glatt gewählt, und zwar in der gewerblichen Unfallversicherung mit 4820755 bis 4855956 Stimmen und in der See-Unfallversicherung mit 42806 bis 45918 Stimmen. In der Abteilung der landwirtschaftlichen Unfallversicherung gingen leider in überwiegendem Maße die Kandidaten des christlich-nationalen Mischmaschklüngels durch, der 1858853 bis 1904359 Stimmen aufbrachte. Indes gelang es uns, auch in dieser Abteilung die Wahl von 14 Stellvertretern mit 1403106 bis 1422569 Stimmen durchzusetzen, so daß also 14 von insgesamt 48 Stellvertretern zu unseren Genossen zählen. Dieses Wahlergebnis, schreibt das Correspondenzblatt der Generalkommission in seiner neuesten Nummer, so wenig es uns befriedigen kann, kam nicht unerwartet. Hatten wir bei den Wahlen im Jahre 1901 vornehmlich durch unsere frühzeitigen und gründlichen Wahlvorbereitungen die Gegner überrascht und besiegt, so hatten sich die letzteren diesmal ebenso zeitig gerüstet. Zudem stand ihnen der bureaukratische Wahlapparat zur Seite, der besonders bei den ländlichen Kreisen seine Wirkung nicht verfehlt. So kam es, daß unsere Vertreter bei der landwirtschaftlichen Versicherung trotz lebhafterer Wahlbeteiligung nicht bloß in der Minderheit blieben, sondern auch erheblich weniger Stimmen erhielten, als bei der vorhergehenden Wahl. Es beweist dies, daß das Gebiet der landwirtschaftlichen Unfallversicherung ein sehr unzuverlässiges Kampffeld ist und wohl auch bleiben wird, so lange es an einer Organisation der Landarbeiter und deren durchgreifendem Einfluß fehlt. Immerhin muß der Ausfall dieser Wahlen uns veranlassen, der landwirtschaftlichen Gruppe in Zukunft größere Aufmerksamkeit zu schenken, um ähnlichen Mißerfolgen bei kommenden Wahlen vorzubeugen. Desto mehr Genugtuung bereitet uns der Sieg unserer gewerblichen und vor allem unserer seemännischen Vertretern, die vor fünf Jahren leider der Übermacht der Reederinteressen unterlagen. Ihre Wahl wird auf die Anwendung der Versicherungsgesetze im Bereich der Schiffahrt nicht ohne wohltätigen Einfluß bleiben.

Scharfmacher-Delirium.

Auf Herrn Dr. Alexander Tille wirkt das Scharfmachen ähnlich so, wie der Suff auf den Süffel. In jeder Nummer seines Wochenblättchens (Südwestdeutsche Wirtschaftszeitung), bringt er unter teilweise unsinnigen Rubriküberschriften wie „Liberale Gesellschaftsordnung" oder „Lohntarifunwesen" blindwütige Ausfälle gegen alles, was den Scharfmachern nicht in ihren Kram paßt. In Nr. 4 dieses Blattes qualmt er seinen Lesern folgendes vor:

„Der Rheinische Kurier in Wiesbaden hatte in seiner Abendausgabe Nr. 506 eine kritische Würdigung des neuen Zwangskoalitionsabkommens im Buchdruckergewerbe gebracht, in dem dasselbe ein ‚Stück brutal realisierter Sozialismus' genannt wird. Demgegenüber faßte eine Versammlung des Wiesbadener Gehilfenverbandes am 6. Oktober eine Resolution, in welcher es heißt: (Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer Nr. 124 vom 23. Oktober 1906): ‚Die Versammlung erwartet, daß in Zukunft sich kein Gehilfe mehr herbeiläßt, solche oder ähnliche das Buchdruckergewerbe aufs tiefste schädigende Artikel herzustellen, indem durch deren Veröffentlichung einem weiteren Publikum ein total unrichtiges Bild über die Buchdrucker und deren Tarifgemeinschaft gegeben wird'. Damit wäre der Stein ja gefallen. Die Setzerschaft, die Handarbeiterschaft, welche in den Druckereien Letter an Letter fügt, wirft sich zum Richter darüber auf, was im Deutschen Reiche gedruckt werden darf und was nicht. Die freie Meinungsäußerung ist bedroht durch den passiven Widerstand einer eingebildeten Klasse, welche einfach erklärt, was ihrem Interesse zuwiderlaufe, drucke sie nicht. Bürenstein und Jänecke, die beiden ragenden Säulen der Tarifgemeinschaft, wissen nun wenigstens, warum sie den Sozialdemokraten das Beschäftigungsmonopol in den tariffrommen Druckereien gegeben haben. Der politische Liberalismus aber schläft gegenüber solchen Ungeheuerlichkeiten, welche jede freie Meinungsäußerung bedrohen. So wird es Aufgabe der konservativen Parteien sein, für die Freiheit des gedruckten Wortes im Deutschen Reiche eine Lanze zu brechen. Wir brauchen ein Gesetz, das den Streik in Zeitungs- und Zeitschriftendruckereien unter harte Strafe stellt, wenn nicht dem einzelnen das Recht verkümmert werden soll, seine Meinung zu sagen. Es ist die Zeit gekommen, wo die selbstverständliche bürgerliche Freiheit gegen die Vergewaltigung durch sozialdemokratische Handarbeiter geschützt werden muß."

Nun kann man ja sagen, daß die Stellungnahme der Wiesbadener Buchdruckergehilfen nicht ganz richtig gewesen sei, zumal ihnen andere Mittel für die Abwehr zur Verfügung ständen, als solche, die an die „direkte Aktion" der französischen Arbeiter grenzen. Begreiflich wird die Stellungnahme aber, wenn man bedenkt, daß der in Wiesbaden erscheinende Rheinische Kurier ein Blatt ist, dem der haarigste Blödsinn recht ist, wenn er ihn gegen die Arbeiterbewegung ausnutzen kann und über die Wiesbadener Arbeiter schon manchen vollen Schmutzkübel ausgeleert hat. Dem Herrn Tille ist dies nun wieder ein gefundenes Leibgericht. Er dreht wieder einmal ein paar Touren am Schleifstein. Arbeiterknebelungsgesetze der mannigfachsten Art wären ihm schon recht. Ist erst der Bewegungsfreiheit der verhaßten tariftreuen Buchdrucker der Garaus gemacht, so kommt zunächst eine andere Branche daran. Die Bäume der Scharfmacher werden aber nicht in den Himmel wachsen, selbst wenn der nächste Reichstag noch reaktionärer wird als der verflossene.

Die Auffassung des Schutzmanns bleibt maßgebend.

Zu einer Gefahr für die ohnehin sehr zweifelhafte Rechtsicherheit in Preußen ist die gerichtliche Praxis geworden, wonach die Auffassung des Schutzmanns für die Richter maßgebend ist und der Staatsbürger ohne Umstände verurteilt wird, wenn er einer noch so unbegründeten Anordnung eines Schutzmanns nicht folgt. Dieser Zustand der Rechtsunsicherheit wird wieder einmal beleuchtet durch einen Fall, über den am 24. Januar die achte Strafkammer zu Berlin als Berufungsinstanz urteilte.

Angeklagt war der Metallarbeiter Neumann. Er kam am Morgen des 28. August von der Nachtschicht nach Hause, traf vor der Türe des Hauses, in dem er wohnt, einige ihm näher bekannte Hausbewohner, begrüßte sie und blieb im Gespräch mit ihnen stehen. Nun kam — nach der Darstellung Neumanns — der Schutzmann Pasternak und herrschte Neumann an, er solle da fortgehen. Neumann ging nicht, denn er fühlte sich berechtigt, in der Torwegnische des von ihm bewohnten Hauses mit seinen Hausgenossen zu sprechen. Er sagte das auch dem Schutzmann. Der entfernte sich zunächst eine kurze Strecke. Währenddem ist ihm jedenfalls das „subjektive Bewußtsein" gekommen, daß Neumann seiner, des Schutzmanns, Aufforderung unbedingt folgen müsse. Er kehrte also um und nahm Neumann mit zur Polizeiwache. Bei dieser Gelegenheit erfuhr Neumann, daß die Arbeiter eines Kohlengeschäftes, das sich in dem von ihm bewohnten Hause befindet, streikten, und daß die Hausgenossen, mit denen er sprach, zu den Streikenden gehörten. Das Vorgehen des Schutzmanns gegen Neumann erklärt sich also dadurch, daß der Schutzmann den Metallarbeiter Neumann für einen Streikposten der Kohlenarbeiter hielt. Als sich diese Verwechslung auf der Wache herausstellte, ging der Schutzmann — wie Neumann sagt — wieder hinaus mit den Worten: „Na, dann werde ich einen Kohlenarbeiter holen." Obgleich Neumann — wie aus diesem Verhalten des Schutzmanns hervorgeht — nicht „der Richtige" war, bedachte ihn die Polizei doch mit einem Strafbefehl von 30 Mk. Das Schöffengericht hat die Strafe auf 5 Mk. herabgesetzt. Auch dagegen legte Neumann im Bewußtsein seines Rechtes Berufung ein; er hatte aber damit keinen Erfolg. Zu seiner Rechtfertigung führte der Angeklagte an, daß er nicht verpflichtet sein könne, in diesem Falle der Aufforderung des Schutzmanns zu folgen, denn es dürfe ihm doch nicht verwehrt werden, innerhalb des Torwegs des von ihm bewohnten Hauses zu stehen. Auf der Straße habe er gar nicht gestanden; übrigens habe er sich um den Kohlenarbeiterstreik gar nicht gekümmert und es könne gar keine Rede davon sein, daß er als Streikposten im Torweg gestanden habe. — Nach diesen Darstellungen des Angeklagten schienen die Richter und auch der Staatsanwalt zunächst verwundert über das Vorgehen des Schutzmanns. Dieser wurde eingehend befragt und seine Aussage gab denn auch die juristische Handhabe, um die Berufung zu verwerfen. Der Schutzmann hatte natürlich die zur Verurteilung des Angeklagten erforderliche „subjektive Auffassung", daß der im Torweg stehende Metallarbeiter Neumann arbeitswillige Kohlenarbeiter belästigen könnte! Daß er irgendwen belästigt hat, oder daß er auch nur die Absicht hatte, jemand zu belästigen, das konnte der Schutzmann nicht bestätigen, denn von Belästigungen hat er selbst nichts gesehen. Nur gehört hat er, daß der in dem fraglichen Hause wohnende Kohlenhändler Grimberg sich darüber beklagt hat, daß seine Arbeitswilligen am Tage vorher „belästigt" worden seien. Auf Ersuchen des Kohlenhändlers ist der Schutzmann vom Revier nach dem betreffenden Hause geschickt. Dort sah er Neumann und einige andere stehen. Nach seiner „subjektiven Auffassung" nahm der Schutzmann an, die Männer, welche im Haustor standen, könnten vielleicht Arbeitswillige belästigen. Diese Vermutung des Schutzmanns war maßgebend für das Schöffengericht, sie war auch maßgebend für die Berufungskammer, welche das Urteil des Schöffengerichtes bestätigte. Auf den Einwand Neumanns, er habe nicht auf der Straße, sondern innerhalb des Torwegs gestanden, legte das Gericht kein Gewicht. Es unterstellte diese Tatsache als wahr und meinte, es komme gar nicht darauf an, wo der Angeklagte stand. Der Aufforderung des Schutzmanns, die im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ergangen sei, hätte der Angeklagte folgen müssen.

Hirsch-Dunckeriana.

„Ein Rechenkunststück eigener Art" hat der Regulator, das Lügenorgan des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter, bei der Mitgliederzunahme des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes „entdeckt". Er „berechnet", daß unser Verband Ende des dritten Quartals 1906 nicht 317781 Mitglieder hatte, wie im Reichsarbeitsblatt angegeben ist, sondern nur 208338 Mitglieder. Zu dieser Zahl kommt er auf Grund der 25000 Mk., die unser Kassier als Beitrag für das zweite, dritte und vierte Quartal 1906 an die Generalkommission gesandt hat. Wir hätten darnach — da pro Mitglied und Quartal 4 Pf., für drei Quartale also 12 Pf. abgeliefert werden sollten — 13138,72 Mk. zu wenig bezahlt. Dieser Unterschied mache 109448 Mitglieder aus, die wir weniger hätten, als fürs dritte Quartal angegeben worden sind. Das ist nun wieder eine der plumpsten Schwindeleien, die sich die Gleichauf und Konsorten je geleistet haben. Zunächst wäre doch von diesen Zahlengenies zu bedenken gewesen, daß wir nicht schon im ersten und zweiten Quartal 317781 Mitglieder hatten. Dann steht deutlich in Nr. 49 des Correspondenzblattes, daß auch für das erste Quartal schon Beiträge an die Generalkommission abgeführt worden sind. Von der dort quittierten Summe von 12284,48 Mk. entfallen 2284,48 Mk. noch auf das vierte Quartal 1905, so daß 10000 Mk. auf das erste Quartal 1906 treffen. Es wären also schon 35000 Mk. für 1906 in Anschlag zu bringen. Diese Summe bedeutet aber nur eine Leistung à conto, die Schlußabrechnung mit der Generalkommission

erfolgt später, wie das auch in früheren Jahren der Fall war. Das ganze schöne Kartenhaus der Gleichauf und Konsorten fällt also in nichts zusammen, sie sind wieder einmal einer Schwindelei überführt. Für wie dumm müssen diese Gaunertaktiker aber ihre Mitglieder halten, wenn sie annehmen, daß bei ihnen ein solches Rechenkunststück Glauben finden werde? Aber sie haben gewichtige Gründe, die Aufmerksamkeit auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu lenken, damit ihre Mitglieder sich nicht die „Fortschritte" des Gewerkvereins näher ansehen. Um wie viele Mitglieder hat denn der Gewerkverein im Jahre 1906 zugenommen? Eine Organisationsleitung, wie die des Gewerkvereins, die bis jetzt ängstlich die Zahl der im Jahre 1905 eingetretenen Mitglieder verheimlichte, sollte wahrlich nicht von „Rechenkunststücken" anderer Organisationen schwindeln.

Gewerbegerichtliches.

Eine prinzipielle Entscheidung für Monteure. Der Kesselschmied Bethge klagt gegen die Maschinenfabrik von Bendel auf Zahlung von 3,10 Mk., die er für Montagearbeit verlangt. Die Differenz entstand dadurch, daß Kläger für die ihm bescheinigten 25 Arbeits- und Reisestunden für zwei Tage je 2,50 Mk. Auslösung haben will, während die Beklagte die Auslösung nur für übernachten zahlte. Außerdem verlangt Kläger für die sechs geleisteten Überstunden den Montagelohn, während die Firma nur den Werkstattlohn bezahlen will, natürlich mit den entsprechenden Zuschlägen. Da der Vertreter der Beklagten gerichtliche Entscheidung verlangt, erkennt das Gewerbegericht dem Kläger 60 Pf. zu für die geleisteten Überstunden, die nach dem Montagelohn zu berechnen sind. Mit seiner weiteren Forderung wird Kläger abgewiesen. Er hat vier Fünftel, die Beklagte ein Fünftel der Unkosten zu tragen. Das Gewerbegericht pflichtete also dem Beklagten bezüglich der Auslösung bei, während in Sachen der Zahlung von Überstunden auf Montage der Kläger recht behielt.

Gehört Sonntagsarbeit zur Pflichtleistung bei Wochenlöhnen? Der Schachtmeister Baum war bei der Firma Wöhler, vormals Kraatz, beschäftigt und erhielt 36 Mk. Wochenlohn. Er beansprucht aber für geleistete Überstunden und Sonntagsarbeiten entsprechende Bezahlung. Beklagter wendet, trotz der Angabe des Klägers, daß auch die anderen Schachtmeister die Überstunden extra bezahlt bekommen haben, ein, daß die Leute, die bei ihm in Wochenlohn arbeiten, auch des Sonntags und nach Feierabend, wenn es notwendig ist, arbeiten müssen, ohne besondere Vergütung beanspruchen zu können. Da auch die vernommenen Zeugen die sonderbaren Gepflogenheiten der Beklagten bestätigen, wird Kläger kostenpflichtig abgewiesen.

Ein Opfer des unüberlegten Gehorsams ist der bei der Firma Wohlfeld beschäftigte Arbeiter Werkmeister geworden, der von seinem Meister beauftragt war, denjenigen, der ihm etwas wegnimmt, zu verbleuen. Dieser Auftrag, den Kläger buchstäblich ausführte, als er einen Lehrling dabei erwischte, daß er ihm etwas wegstibitzte, hatte zur Folge, daß seine Kündigung erfolgte. Darüber machte er dem Urheber, der bereits seine Ohrfeige weg hatte, Vorwürfe und bedrohte ihn, so daß W. sofort entlassen werden mußte. Er beansprucht nun eine Entschädigung in Höhe eines Wochenlohns von 22,50 Mk. wegen kündigungsloser Entlassung. Kläger wird aber kostenpflichtig abgewiesen, da er zu seiner sofortigen Entlassung durch sein Betragen Anlaß gegeben hatte. (Gewerbegericht Magdeburg, zweite Kammer. Sitzung vom 17. Dezember 1906. Nach der Magdeburger Volksstimme.)

Ist ein Akkordarbeiter berechtigt, für den Mangel der zur Fertigstellung des Akkords notwendigen Teile einen höheren Akkordsatz zu verlangen? Das Gewerbegericht Magdeburg hat in seiner ersten Sitzung in diesem Jahre die Frage verneint und den Tischler Müller mit seiner dahingehenden Klage gegen den Tischlermeister Wilde abgewiesen, wohl aber dem Kläger für die Zeit, die er warten mußte, die geforderte Entschädigung im Betrag von 4,32 Mk. zugesprochen. Kläger hatte einige Schränke zu einem bestimmten Preise in Akkord herzustellen übernommen unter der Bedingung, daß er fortarbeiten könne und nicht auf einzelne Teile warten müsse. Als trotzdem die Teile fehlten und Kläger darauf warten mußte, verlangte er vom Beklagten einen erhöhten Akkordsatz mit der Begründung, daß er an seinem Akkord nicht weiterarbeiten könne. Beklagter lehnte aber das Ansinnen ab und bemerkte, daß Kläger aufhören könne, wenn er einen erhöhten Preis verlange. Auf Grund dieser Vorkommnisse verlangt nun Kläger den vollen Akkordpreis für die beiden Schränke ausbezahlt, weil er von dem Beklagten an deren Fertigstellung gehindert wurde. Das Gewerbegericht weist ihn aber mit seiner Forderung ab, weil ein ausbedungener Akkordsatz während der Ausführung der Arbeit nicht geändert werden brauche, wohl aber stand dem Kläger für die versäumten Stunden Entschädigung zu. Die nicht unerheblichen Kosten muß zu zwei Dritteln der Kläger, zu einem Drittel der Beklagte zahlen.

Ein unverzeihliches Beginnen. Der Porzellanarbeiter Weber klagt gegen die Firma Unkacht & Cie. auf Zahlung von 82 Mk. Entschädigung wegen kündigungsloser Entlassung. Kläger wollte den Chef der Firma im Auftrag seiner Mitarbeiter sprechen, um mit ihm bessere Akkordpreise zu vereinbaren, wurde aber durch den Meister nicht zum Chef gelassen, sondern ihm bedeutet, daß an den Löhnen nichts geändert werde, und wenn dem Kläger dies nicht passe, könne er sofort aufhören. Kläger stellt den Vorfall so dar, als ob er entlassen worden sei. Dahingegen bekundet ein Zeuge eidlich, daß Kläger selbst aufgehört habe, als ihm gesagt wurde, daß er aufhören könne. Darauf erfolgt die kostenpflichtige Abweisung des Klägers, als Opfer seiner Mitarbeiter, die ihn zu dem Vorgehen bestimmt hatten. (Gewerbegericht Magdeburg, 2. Kammer. Sitzung vom 7. Januar 1907. Nach der Magdeburger Volksstimme.)

Vom Ausland.

Schweiz.

Am 26. Dezember haben die Delegierten des Gießerkartells dessen Auflösung beschlossen, nachdem mit dem Zentralvorstand des Metallarbeiter-Verbandes völlig abgerechnet war. Das noch vorhandene Geld wurde unter die drei Sektionen verteilt und soll möglichst für Agitation verwendet werden.

Belgien.

Die im Jahre 1905 von der Nationalföderation der Metallarbeiter angestellten Lokalbeamten in Antwerpen, Brabant und im Centre haben im Jahre 1906 dem Verband große Fortschritte gebracht. Auch in Charleroi wurde 1905 ein Beamter angestellt, was dort indessen noch nicht zu Fortschritten geführt hat. Im Laufe des letzten Jahres ist auch in Lüttich ein Beamter angestellt worden. Am Ende des Jahres wurde auch für den Borinage eine Regionalföderation gebildet. Die Mitgliederzahl hat sich auf 10373 gehoben. Das bedeutet für die letzten sechs Monate eine Zunahme von beinahe 3000 Mitgliedern. Es zeigt sich auf diese Weise, daß die Annäherung an die Form der zentralisierten Organisationen, die unser belgischer Bruderverband Schritt für Schritt durchführt, diesem sehr gut bekommt. Die Nationalföderation der Metallarbeiter kann auf diese Weise den übrigen belgischen Gewerkschaften als Vorbild dienen.

England.

Die Amalgamated Society of Engineers (Maschinenbauer-Verband) ist mit einer Zahl von 105000 Mitgliedern und dreiviertel Millionen Pfund Sterling Vermögen in das neue Jahr eingetreten. Der Verband hat im abgelaufenen Jahre um 6600 Mitglieder zugenommen, ein Fortschritt, wie er seit 1899 und 1900 nicht wieder erzielt worden ist.

Amerika.

Aufruf. Alle deutschsprechenden Maschinenbauer (Monteure, Schlosser, Werkzeugmacher, Dreher, Hobler u. s. w.), die nach Amerika reisen und ihren Aufenthalt in New-York oder Umgegend nehmen, werden darauf aufmerksam gemacht, sich der Progressive Lodge Nr. 335 (International Association of Machinists) anzuschließen. Diese Loge ist die einzige in New-York City, deren Versammlungen in deutscher Sprache geführt werden. Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die sich vor ihrer Abreise ordnungsgemäß abmelden, werden **unentgeltlich** aufgenommen, während sonst die Eintrittsgebühr in die International Association of Machinists 5 Dollars beträgt. Auch ist der Geschäftsagent der Loge bereit, zugereisten Kollegen **mit Rat zur Seite zu stehen.** Die **Versammlungen** finden jeden Montag abend im neuerbauten Labour Temple 243—247 E. 84. Street statt. Das genannte Gebäude ist ein imposanter sechsstöckiger Bau, der ausschließlich den Vereins- und Versammlungszwecken der auf fortschrittlichem Arbeiterstandpunkt stehenden Vereine dient und so recht deutlich zeigt, was durch geeintes Vorgehen erreicht werden kann. Ganz besonders **warnen** wir aber die Kollegen, auf die Annoncen von **Arbeitsvermittlungsbureaus**, mögen sie Deutsches Zentralbureau, Deutscher Hilfsverein oder sonstwie heißen, hineinzufallen. Wenn die Kollegen nicht direkt als Scabs (Streikbrecher) verkauft werden, sind sie doch meistenteils ihr sauer erspartes Geld (und das nicht zu wenig) los und um eine trübe Erfahrung reicher.

Mit kollegialem Gruß
Die Progressive Lodge Nr. 335 (J. A. of M.)

Ort, Zeit und Umstände entscheiden darüber, ob ein Vorzug ein Fehler oder ein Fehler ein Vorzug ist. *Otto Weiß.*

Wozu sollten gewisse Theorien sich um die Praxis bekümmern? Sie wollen ja nicht verwirklicht, sie wollen nur bewundert sein! *Otto Weiß.*

Literarisches.

Von der **Neuen Zeit** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 16. Heft des 25. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Landsturm der Philister. — Mathematische Formeln gegen Karl Marx. Von L. B. Boudin (New York). — Über britischen Imperialismus. Von Otto Bauer. — Das Verbrechen und seine Bekämpfung. Von W. A. Bonger. — Postreferendare und Postassessoren. Von Richard Wagner. — Die Reform der Arbeiterversicherung. Von Sigmund Kaff (Wien). — Literarische Rundschau: Karl Joël, Der Ursprung der Naturphilosophie aus dem Geiste der Mystik. Von Ph.

Johann Sassenbach: Verzeichnis der in deutscher Sprache vorhandenen gewerkschaftlichen Literatur. Zweite Ausgabe. Januar 1907. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Berlin SO. 16, Engelufer 15. 60 S. — Diese zweite Ausgabe des Literaturverzeichnisses enthält schon viel mehr als die erste. Nichtsdestoweniger weist sie noch manche Lücke auf, zu deren Ausfüllung wohl noch am ersten die Autoren selber beitragen können, soweit sie noch am Leben sind. Die Zusammenstellung eines solchen systematisch geordneten Literaturverzeichnisses ist ein sehr verdienstliches Unternehmen, das sich wohl mit der Zeit zu einem mehrbändigen Werke auswachsen wird. Die vorliegende zweite Ausgabe wird in zwei verschiedenen Ausstattungen verbreitet werden. Die eine — mit Umschlag — ist für den Buchhandel bestimmt und kostet 40 Pf. Für die Mitglieder der Gewerkschaften wird wie bisher eine Ausgabe ohne Umschlag kostenlos abgegeben.

Das neue preußische Einkommensteuergesetz vom 19. Juni 1906 in der von Neujahr 1907 an in Kraft tretenden neuen Fassung. Verlag von L. Schwarz & Co., Berlin S. 14, Dresdenerstraße 80. 64 Seiten. Preis 1,20 Mk

Anton Pannekoek: Ethik und Sozialismus. Umwälzungen im Zukunftstaat. Zwei Vorträge, gehalten für die Sozialdemokratischen Vereine im 12. und 13. sächsischen Reichstagswahlkreis. Leipzig, Leipziger Buchdruckerei-Aktiengesellschaft. 47 S. Preis 30 Pf. — Sehr lesenswert und lehrreich.

C. M. Scävola: Notdeutschlands Aufstieg. Wahlkampflieder. Berlin 1907. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 32 Seiten. Preis 20 Pf. — Das sauber ausgestattete Heft enthält eine Sammlung von Gedichten, die im Laufe der letzten 18 Jahre im Vorwärts und in anderen Blättern als Leitgedichte erschienen sind. Obwohl sie in erster Linie für die junge Generation bestimmt ist, die zum erstenmal in die Wahlschlacht stieg, wird sie sicher auch den Alten manche Freude machen.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands: Lohn- und Arbeitsbedingungen im Maurergewerbe. Statistik und Tarifverträge 1905. Hamburg. Verlag: Vorstand des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands (Th. Bömelburg). XXVII und 372 Seiten. Preis 10 Mk. — Zum drittenmal legt der Vorstand des Maurer-Verbandes das Resultat einer gründlichen Statistik über die Lohnverhältnisse im Maurergewerbe vor, diesmal in einem so umfangreichen Buche, daß dem, der sich mit solchen Sachen beschäftigen muß, ein gelindes Grausen ankommen kann. Die Tarifsammlung, die um so interessanter wird, je mehr man sich damit beschäftigt, wird nicht nur für den Gewerkschafter und den Soziologen der Gegenwart, sondern auch für den Kulturhistoriker der Zukunft sehr nützlich sein. Von allgemeinem Interesse ist die Einführung in die Tarifverträge, die auch Nachrichten über tarifliche Bestimmungen aus früheren Zeiten bringt.

Jahrbuch und Kalender für Schlosser und Schmiede (früher Deutscher Schlosser- und Schmiedekalender) 1907. Ein praktisches Hilfs- und Nachschlagebuch für Bau- und Kunstschlosser, Schmiede, Werkführer, Monteure und Metallarbeiter aller Art. Begründet von Ulrich R. Maerz. Redaktion: Diplomingenieur Dr. H. Walter. 26. Jahrgang. Mit vielen Textfiguren. Leipzig, Verlag von H. A. Ludwig Degener. 384 Seiten. Preis gebunden 2 Mk., in Brieftaschenlederband 4 Mk. — Aus dem Inhalt heben wir hervor als neu hinzugekommene Abschnitte: „über zweckmäßige Anlage und Einrichtung der Schmieden und Schlossereien. Behandlung und Reparatur des Pfluges." Ferner die Tabellen: „Normalien für Flanschenröhren für sehr hohen Druck. Umrechnung von englischen Fuß in Millimeter" und anderes. Die Abschnitte „Treibriemen" und „Schmiermittel" wurden erweitert; ersterer auf Seile und Räder ausgedehnt. Besonders wertvoll dürften auch ferner die beigegebenen Gußeisenprofilbeilagen und die beigelegten Entwürfe für Kunstschlosserarbeiten, ferner die reich illustrierte Abhandlung über landwirtschaftliche Maschinen und eiserne Treppen sein. Die unter den Titeln: „Praktische Hand- und Kunstgriffe, verschiedenes über Rohrleitungen, praktische Winke und Vorlagen für Bauschlosser" mitgeteilten Erfahrungsresultate sind stets besonderen Interesses sicher.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

Samstag, 2. Februar:

Dortmund-Hörde. Swinkmann, ½9.
Celle. Gewerkschaftshaus, halb 9.
Elsterwerda. Kronprinz, halb 9 Uhr.
Euskirchen. Jos. Frings, 9 Uhr.
Hanau i. M. Sonne, halb 9 Uhr.
Lahr. Drei König, abends 8 Uhr.
Neustadt a. d. H. Stadt Landau, 9.
Rottenburg a. Neckar. Kreuz, 8.
Schnaitheim b. Heidenheim. Lamm, 8.
Swinemünde. Stadt Berlin, ½9 Uhr.
Zeitz. Lämpe, Schützenstr. 8, halb 9.

Sonntag, 3. Februar:

Altötting. Zwölf Apostel, vorm. 10.
Bamberg. Auf der Alm, vorm. ½10.
Essen-Rellinghausen. [illegible] a. d. Brücke, 11.
Hannover-[illegible] [illegible] 2, 10.
Merseburg. [illegible], halb 3 Uhr.
Reutlingen. [illegible], 6.
Tangstedt. Gesellschaftshaus, n. 4.

Montag, 4. Februar:

Posen. Büttner, [illegible] 27, 8 Uhr.

Dienstag, 5. Februar:

[illegible]. [illegible] Hof, halb 9.
[illegible]. [illegible], halb 9 Uhr.
[illegible] [illegible]. [illegible].
[illegible] [illegible]. [illegible], ½9.
[illegible]. [illegible], Schulstr., 8 Uhr.

Mittwoch, 6. Februar:

[illegible]. [illegible], halb 9 Uhr.
[illegible]. [illegible], ½9.
[illegible]. [illegible], halb 9 Uhr.
[illegible]. Gewerkschaftshaus, 8.

Donnerstag, 7. Februar:

[illegible] ([illegible]). [illegible], abends halb 9 Uhr.
[illegible]. [illegible], halb 9.
[illegible]. [illegible] Hof, halb 9.
[illegible]. Zum [illegible], 8 Uhr.

Freitag, 8. Februar:

[illegible]. [illegible], a. ½9.
[illegible]. [illegible], halb 9 Uhr.

Samstag, 9. Februar:

[illegible]. [illegible], 8 Uhr.
[illegible]. [illegible], halb 9.
[illegible]. [illegible], 8 Uhr.
[illegible]. ([illegible]). [illegible], ½9.
[illegible]. [illegible], 8 Uhr.
[illegible]. [illegible], ½9.

Bitterfeld. Hohenzollern, halb 9.
Bonn a. Rh. H. Meirens, 9 Uhr.
Bremerhaven (Klempner). Heil, ½9.
Breslau (Klempn.) Bär a. d. Lagel, 8.
Burg b. Magdebg. Zum Grund, ½9.
Colmar i. E. Stadt Schlettstadt, ½9.
Cuxhaven. Stadt Hamburg, halb 9.
Dessau. Hofjäger, halb 9 Uhr.
Diedenhofen. [illegible], halb 9 Uhr.
Dortmund (Former). [illegible], halb 9.
Dortmund ([illegible]). [illegible], halb 9.
Dortmund-Schüren. [illegible], ½9.
Duisburg. [illegible], 9 Uhr.
Erlangen. Deutscher Hof, halb 9.
Forst i. L. [illegible], halb 9 Uhr.
[illegible]. [illegible], halb 9 Uhr.
[illegible]. [illegible], halb 9.
[illegible]. Deutsches Haus, halb 9 Uhr.
Göttingen. [illegible], 9.
[illegible]. Grüne Aue, halb 9 Uhr.
Hagen-Haspe. [illegible], halb 9.
[illegible]. [illegible], ½9.
Heilbronn a. N. [illegible], 8 Uhr.
Hirschberg. Berliner Hof, halb 9.
Ilmenau. Deutsches Haus, halb 9.
[illegible]. [illegible], ½9.
Karlsruhe ([illegible]). [illegible], ½9.
[illegible]. Germania, halb 9 Uhr.
[illegible]. [illegible], 9.
Liegnitz. Gewerkschaftshaus, halb 9.
[illegible]. [illegible], 8 Uhr.
[illegible]. [illegible], halb 9.
[illegible]. [illegible], ½9.
[illegible]. [illegible], 9 Uhr.
[illegible]. [illegible], 8.
[illegible]. [illegible] Hof, ½9.
Nürnberg (Schmiede). [illegible], Neue Gasse 42, 8 Uhr abends.
Oldenburg. Schumacher, halb 9 Uhr.
[illegible]. [illegible], halb 9.
[illegible]. [illegible], halb 9 Uhr.
[illegible]. [illegible], halb 9 Uhr.
[illegible]. [illegible], 8 Uhr.
[illegible]. [illegible], halb 9 Uhr.
[illegible] ([illegible]). [illegible].
[illegible]. Gewerkschaftshaus, 8.
[illegible]. [illegible], 8 Uhr.
[illegible]. [illegible], 8 Uhr.
[illegible]. [illegible], halb 9.
[illegible]. [illegible], 8 Uhr.
[illegible]. [illegible], ½9.

Sonntag, 10. Februar:

[illegible]. Gewerkschaftshaus, 10 Uhr.
[illegible] i. [illegible]. [illegible] Hof in [illegible], nachm. 4 Uhr.

Essen-W. Häusler, Siemensstr., 6.
Essen ([illegible]). Thomas, vorm. 11.
Essen-Werden. [illegible] a. d. Br., 11.
Freising. [illegible], vorm. 10 Uhr.
Hagen ([illegible]). Doos, halb 11.
Herford. Säge, Alter Markt, vorm. 10.
Lechhausen. Zur Kirche, a. 5 Uhr.
[illegible]. [illegible], 10.
[illegible]. [illegible], 5.
[illegible]. [illegible], nachm. 4 Uhr.

Montag, 11. Februar:

Barmen-Elberfeld (Klempner x.). Dreher, [illegible], halb 9 Uhr.

Dienstag, 12. Februar:

Solingen. [illegible] Gewerkschaftsh.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Berlin. **Generalversammlung** in der Neuen Welt, Hasenheide, vorm. 10 Uhr. Tagesordnung: [illegible] zur Generalversammlung in München. [illegible] der [illegible] zur Generalversammlung. [illegible] für [illegible] in unserem Bureau. **Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.**

Bremerhaven. ([illegible].) Mittwoch, 6. Febr., abends halb 9 Uhr, im „[illegible]".

Breslau. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum [illegible] einen **Geschäftsführer**, der in [illegible] und in der Agitation vollständig firm ist. Das Gehalt [illegible] den Beschlüssen der letzten Generalversammlung. Bewerber wollen sich unter Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit innerhalb der Arbeiterbewegung bis spätestens zum 8. Februar melden. Die Bewerbungsschreiben sind [illegible] mit der Aufschrift „Bewerbung" nebst einer Probearbeit an den Kollegen **F. Philipp**, [illegible] 4, zu richten. Eine [illegible] Mitgliedschaft ist unbedingt erforderlich.

Düsseldorf. Das Mitgliedsbuch [illegible] **Olsen**, Klempner, geb. 11. 9. 1884 zu Kopenhagen, eingetr. 28. 4. 1905 zu Hamburg, abgestempelt bis 23. Januar 1907 in Düsseldorf, ist anzuhalten und nach Düsseldorf einzusenden, da dasselbe gestohlen wurde.

Eisenach. Die Adresse des Bevollmächtigten ist jetzt: **Wilh. Wentel**, [illegible] 12. — Des Kassierers: **Paul Hornung**, [illegible] 43.

Gera. Unser Bureau befindet sich jetzt **Alte Schloßgasse 11**, part. Telephon 643. — Reisegeld von 9 bis 11 Uhr vorm. und 5 bis 6 Uhr abends. — Die Herberge befindet sich jetzt im Gasthaus zum **Adler**, Hospitalstr. 21.

Hagen i. W. Das Mitgliedsbuch des Walzers **Alois Thorer**, geb. 21. April 1851 zu [illegible], Hauptnummer 606786, ist gestohlen worden. Sollte es irgendwo vorgezeigt werden, so wird ersucht, es dem betreffenden Inhaber abzunehmen und hierher zu senden.

Köslin. Das Mitgliedsbuch des Formers **Karl Fiebig** aus Liegnitz, Hauptnummer 454930, eingetreten am 26. 6. 1902 zu Liegnitz, ist abhanden gekommen. Bitte es anzuhalten.

Lahr. Unser Vereinslokal befindet sich im „Drei König".

Radeberg. Die Adresse des Bevollmächtigten ist jetzt: **Karl Haus**, [illegible] 23, 3. Geschäftszeit von 7 bis 8 Uhr abends, Sonntags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Solingen. Die Sperre für Former ist für die Firma **Rudolf Kantenbach** zurückgenommen, für die Firmen **Hugo Beien** in **Wald**, [illegible] und **Piel & Aden** in **Wald**, [illegible], besteht sie fort, und ist Zuzug dahin streng fernzuhalten.

Gestorben.

Bremen. Johann [illegible], Former, 36 Jahre, [illegible] (26). — Karl [illegible], Former, 44 Jahre, [illegible] (26).

Chemnitz. Emil Theodor [illegible], [illegible], 31 Jahre, [illegible].

Eisenach. Rudolf [illegible], Schlosser, [illegible].

Leipzig. Emil [illegible], Schlosser, [illegible] Jahre, [illegible].

Dessau. Otto [illegible], Former, 43 Jahre.

Privat-Anzeigen.

Gesucht tücht. Werkzeugmacher
Angebote unt. W. 844 an den Verlag dieses Blattes erbeten. (844

Schleifer auf Nähmaschinenschiffchen gesucht.
[illegible] **Müller-Petri**, Braunschweig.

Feilenhauer sofort gesucht bei Feilenhauermstr. **Franz Jonke, Rabenau bei Dresden.** (841

Gesucht ein **Dreher**, welcher auf dem Gebiete der Feinmechanik bewandert und an sehr präzises Arbeiten gewöhnt ist. Offerten erbeten unter **D. F. 840** an den Verlag dieses Blattes. 840

Alle diejen., w. Ausk. üb. d. Verbleib des am 16.8.1869 in Metzingen (Württ.) geb. **Flaschner Karl Gönninger** geben können, werd. ersucht, solche an **G. Gönninger, Stuttgart, Falkertstr. 69 I,** gel. zu lass. Event. Ausg. w. vergüt. (

Handformer, Maschinenformer, Gußputzer, finden dauernd, gut lohnende Arbeit.
839] **Eisengießerei Rastatt.**

1 tüchtiger Hammerarbeiter, 4 Monteure, 1 Polierer für dauernd gesucht.
Wilhelm Knewitz, Silberwarenfabrik, Mainz. (842

Im Erscheinen befindet sich:
Meyers Sechste, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage.
Grosses **Konversations-Lexikon.**
Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens.
148,000 Artikel u. Verweisungen.
11,000 Abbildungen, 1400 Tafeln und Karten.
20 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mark.
Prospekte und Probehefte liefert jede Buchhandlung.
Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

Die Buchdruckerei des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes unter der Firma
Alexander Schlicke & Co.
Stuttgart, Rötestrasse 16 B
empfiehlt sich den verehrlichen Gewerkschaftsvorständen, Mitgliedern und Gesellschaften zur Herstellung aller **Arbeiten in Buchdruck** bei sorgfältiger und gediegener Ausführung sowie solider Berechnung.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötestraße 16 B.